



Regionale Entwicklung im Vergleich

Wirtschaftliche Aufholprozesse in Ostdeutschland unterschätzt?

Matthias Diermeier / Christian Oberst / Samina Sultan / Henrik Förster

Köln, 23.08.2024

IW-Policy Paper 6/2024

Aktuelle politische Debattenbeiträge



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Dr. Matthias Diermeier

Leiter Kooperationscluster

Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft

diermeier@iwkoeln.de

0221 – 4981-605

Dr. Christian Oberst

Senior Economist für Wohnungspolitik und

Immobilienökonomik

oberst@iwkoeln.de

0221 – 4981-889

Dr. Samina Sultan

Senior Economist für Europäische Wirtschafts-

politik und Außenhandel

sultan@iwkoeln.de

0221 – 4981-312

Henrik Förster

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

foerster@iwkoeln.de

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

August 2024

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Auswertungsmethodik und Daten	7
3 Objektive regionale wirtschaftliche Entwicklung	9
3.1 Arbeitslosenentwicklung	9
3.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner und Bruttoarbeitsentgelte	13
3.3 Einwohnerentwicklung	18
4 Subjektive Wahrnehmung regionaler wirtschaftlicher Entwicklung	20
4.1 Subjektive Wahrnehmung der Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt	21
4.2 Subjektive Kategorisierung der eigenen Region	22
5 Objektive Entwicklung versus subjektive Einschätzung	24
5.1 Abgleich von objektiver und subjektiver Regionskategorisierung	24
5.2 Typisierung der Regionsperspektive	26
5.3 Politische Präferenzen: Pessimismus sammelt sich an politischen Rändern	27
5.4 It's the demography, stupid	29
6 Diskussion und Fazit	32
Anhang	34
Abstract	36
Tabellenverzeichnis	37
Abbildungsverzeichnis	37
Literaturverzeichnis	38

JEL-Klassifikation

O18 – Analysen zur regionalen, städtischen und ländlichen Entwicklung; Verkehrswesen; Wohnungswesen; Infrastruktur

R11 – Regionalökonomische Aktivitäten: Wachstum und Entwicklung

Zusammenfassung

Während der vergangenen zehn Jahre lässt sich in Ostdeutschland ein klarer wirtschaftlicher Aufholprozess zum Westen beobachten. Das zeigt die vorliegende Analyse von Arbeitslosenquoten und Löhnen auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten. Wohingegen westdeutsche Regionen eine heterogene Entwicklung aufzeigen und sich Boom, Aufholprozesse, Stagnation und Abstieg auf der Landkarte abwechseln, lässt sich Ostdeutschland mit nur wenigen Ausnahmen als klare Aufsteigerregion einordnen. Sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch bei der Lohnentwicklung sind Ost und West näher zusammengerückt.

Diese Aufholprozesse werden von den Menschen in Ostdeutschland allerdings nur in geringem Maße wahrgenommen. So gibt trotz des deutlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit nicht einmal ein Drittel der ostdeutschen Befragten in der IW-Personenbefragung 2024 an, mit der Entwicklung auf dem heimischen Arbeitsmarkt während der vergangenen zehn Jahre zufrieden zu sein; ein Drittel ist sogar explizit unzufrieden. Diese negative Wahrnehmung findet sich ebenso, wenn die Befragten die Wohnregion unterschiedlichen Regionstypen zuordnen sollen: Gerade einmal jeder fünfte Ostdeutsche kategorisiert seinen Wohnort der objektiven Entwicklung entsprechend als Aufsteigerregion. Fast die Hälfte der Befragten in ostdeutschen Aufsteigerregionen meint, ihre Wohnregion stagniere; 21 Prozent nehmen gar wahr, in einer abgehängten Region zu leben.

Die Suche nach den Gründen für den ostdeutschen Pessimismus führt zu den demographischen Herausforderungen. Trotz positiver ökonomischer Entwicklungen zeigen sich in den meisten Landkreisen, mit Ausnahme der an Berlin angrenzenden Landkreise in Brandenburg, starke Schrumpfungsprozesse. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch weiter zuspitzen. Mit den veritablen Ausnahmen einiger Städte wie Leipzig, Dresden oder Schwerin sowie dem Berliner Umland leidet der Osten massiv unter einem Bevölkerungsschwund. Tatsächlich ist der ökonomische Pessimismus in schrumpfenden Regionen besonders ausgeprägt: 80 Prozent der Befragten unterschätzen dort die wirtschaftliche Entwicklung der Wohnregion; im Westen sind es 51 Prozent – jeweils über 20 Prozentpunkte mehr als in den wachsenden Regionen.

Zudem schaffen es insbesondere die politischen Ränder, in Räumen mit einer schwierigen demographischen Situation bundesweit zu mobilisieren. In schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands erreichen die Alternative für Deutschland (AfD) und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) teils spielerisch absolute Mehrheiten. Dabei werden sich die demographischen Schwierigkeiten dort in Zukunft noch weiter zuspitzen. Diese Entwicklung macht es umso schwieriger, dem Teufelskreis aus heutiger Abwanderung, Pessimismus und einem desaströsen demographischen Ausblick zu begegnen. Denn eine erfolgreiche Wirtschaft wird im Osten in Zukunft mehr als anderswo auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen sein. Mit dem mehrheitlichen Hinwenden zu den migrationskritischen bis migrationsfeindlichen politischen Extremen scheint damit der einzig gangbare Ausweg aus der Demographiekrise verbaut.

Die wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in Ostdeutschland müssen sich sowohl mit der Wahrnehmungsproblematik (Pessimismus) als auch mit den Herausforderungen des demographischen Wandels (Überalterung, Schrumpfung und Leerstand) auseinandersetzen. In der Kommunikation sollten Probleme klar benannt und Erfolge ebenso klar hervorgehoben werden. Aufgrund des flächendeckenden Vertrauensverlustes in die politischen Akteure kommt den Unternehmen dabei eine wichtige Rolle zu. Für die Politik sollte die Ermöglichung gleichwertiger Lebensverhältnisse maßgeblich sein. Eine angemessene Daseinsvorsorge ist eine Grundvoraussetzung für die zukünftige Standortentwicklung und wahrt die Chance, einer Abwärtsspirale entgegenzuwirken.

1 Einleitung

Die im September 2024 anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg stehen in einem Spannungsfeld zwischen regionalem wirtschaftlichem Aufschwung, strukturellen Herausforderungen und angespannter Stimmungslage. Der wirtschaftliche Aufschwung zeigt sich in den üblichen regionalen Standortindikatoren wie der Arbeitslosenquote und der Bruttoarbeitsentgelte. Bei der Patentaktivität liegen die innovativen ostdeutschen Hochschulstandorte mittlerweile sogar vor ihren westdeutschen Pendanten (Haag et al., 2024). Die anstehenden strukturellen Transformationsherausforderungen beziehen sich vornehmlich auf die klimapolitische Transformation (Südekum/Rademacher, 2024) und den Umgang mit dem demographischen Wandel (Deschermeier et al., 2024). Die äußerst angespannte Stimmungslage in der Bevölkerung zeigt sich in Umfragen und Wahlergebnissen. Erst bei der Europawahl im Juni 2024 ist die Alternative für Deutschland (AfD) mit 30,1 Prozent zur stärksten Kraft in Ostdeutschland (ohne Berlin) aufgestiegen.¹ Die rechtspopulistische Partei wird vom Verfassungsschutz in Thüringen und Sachsen als „gesichert rechts-extrem“ eingestuft, in Brandenburg als „rechtsextremer Verdachtsfall“. Die Europawahl hat zudem dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) aus dem Stand ein Ergebnis von 14,1 Prozent in Ostdeutschland beschert (ohne Berlin). Mehrheitsregierungen ohne Beteiligung dieser beiden Randparteien könnten in Brandenburg, Sachsen und Thüringen unmöglich werden.

Die vorliegende Studie untersucht, inwiefern es sich bei dem starken Zulauf zu den populistischen Parteien um die vielfach in regionalwissenschaftlichen Fachzirkeln diskutierte „Rache der unbedeutenden Regionen an der Wahlurne“ (Rodríguez-Pose, 2018) handelt. Im Fokus steht dabei, ob es sich gerade bei den ländlichen Regionen in Ostdeutschland um abgehängte Regionen handelt oder ob diese von ihren Einwohnern nur als solche wahrgenommen werden. In einem viel beachteten Essay über Ostdeutschland wies zuletzt Steffen Mau auf dort vorherrschende „leicht aktivierbare Verlustaversionen“ (2024, 36) hin. Selbst eine solide ökonomische Entwicklung wäre demnach angesichts der anstehenden Transformationsherausforderungen keine Versicherung gegen gesellschaftspolitische Unruheherde. Die Methodik zur objektiven Bewertung der regionalen Entwicklung wird in Kapitel 2 erläutert. Dabei werden grundsätzlich vier Entwicklungstypen differenziert: abgehängte/gefährdete Regionen, Aufsteigerregionen, Boom-/Spitzenregionen und stagnierende Regionen. Diese Einteilung erfolgt in Abhängigkeit vom Ausgangsniveau und der Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre. Als Datengrundlage dienen hierbei die in Kapitel 3 zusammengetragenen üblichen Standortindikatoren wie die Arbeitslosenquote und die Bruttoarbeitsentgelte sowie die Einwohnerentwicklung auf Ebene der 400 Landkreise und kreisfreien Städte. Wie Personen vor Ort die tatsächliche ökonomische Entwicklung wahrnehmen, wird in Kapitel 4 anhand der IW-Personenbefragung 2024 (siehe Kasten 4-1) vermessen. Auch wenn die zur Analyse herangezogenen Standortindikatoren die regionalspezifische Lage nicht abschließend beurteilen können, sondern eher ein grobes Entwicklungsmuster bieten, betrachten wir diese trotz ihrer methodischen Schwächen grundsätzlich als objektiv, während wir die Stimmungslage der Bevölkerung als subjektive Einschätzung ansehen.

Ziel der Studie ist die Gegenüberstellung objektiver und subjektiver Wahrnehmungen der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung, um mögliche Erklärungsansätze für die sich abzeichnende zunehmende Penetranz der extremen politischen Ränder in Wahlergebnissen nachzuspüren (siehe Kapitel 5). Schließlich spielen AfD

¹ Datenquelle: Die Bundeswahlleiterin (2024): Europawahl 2024, <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html>. Werte ohne Berlin; wird Berlin berücksichtigt, ergeben sich 26,6 Prozent für die AfD und 13,1 Prozent für das BSW.

und BSW mit dem Gefühl vieler Menschen in Ostdeutschland, gegenüber dem Westen weiterhin an zweiter Stelle zu rangieren. Die AfD Sachsen (2024) möchte etwa „der Entvölkerung und Entwertung der ländlichen Räume Sachsens wirksam entgegenzutreten“. Das BSW Thüringen (2024) stellt fest: „Nach wie vor sind die Menschen im Osten Deutschlands massiv benachteiligt“. Angesichts eines emotional geführten Wahlkampfes, in dem anhand anekdotischer Beispiele auf die mangelnde deutsche Einheit und die fortbestehende Divergenz zwischen Ost und West Bezug genommen wird, präsentieren wir eine datenbasierte regionalökonomische Analyse. Vor fünf Jahren, zu Beginn der Legislaturperioden in den drei Bundesländern, wurde im Sommer 2019 die IW-Studie „Zukunft der Regionen“ mit einem Beitrag von Oberst et al. (2019) über die räumliche Entwicklung in Deutschland veröffentlicht. Die empirische Auswertung des Beitrags identifizierte in den drei heute im Fokus stehenden Ländern Ostdeutschlands insbesondere ländliche und dünn besiedelte Regionen als entwicklungsgefährdet. Darauf aufbauend zeigen Oberst und Voigtländer (2020), dass sich die regionalökonomische Entwicklung in Ostdeutschland ausdifferenziert. Neben entwicklungsgefährdeten Regionen können Aufsteigerregionen identifiziert werden (Westsachsen, Mittelthüringen und an Berlin angrenzende Regionen in Brandenburg). Die Studien reihen sich in die politische und regionalwissenschaftliche Diskussion über gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und den Stand der deutschen Einheit ein. Trotz der hohen gesellschaftspolitischen Relevanz blieb der Plan der damaligen Bundesregierung zur Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ und der Diskurs dazu außerhalb der Expertenkreise weitgehend unbeachtet.

Aktuelle Regionalstudien zeichnen gerade mit Blick auf Ostdeutschland ein heterogenes Bild mit starkem Stadt-Land-Gefälle. Der sozioökonomische Disparitätenbericht 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), erstellt vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), zeigt nennenswerte Aufholerfolge in strukturschwachen Räumen in Sachsen und Thüringen (FES, 2024). Zur Resilienz und Zukunftsfähigkeit kommt die Studie jedoch zu dem Ergebnis, dass die drei Bundesländer mit Landtagswahlen überwiegend dem Cluster „Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen“ zugeordnet werden. Ausnahmen sind dynamische Städte sowie Räume mit Großansiedelungen. Im kürzlich erschienenen Gleichwertigkeitsbericht (BMWK, 2024) werden einzelne Städte in den drei Ländern (u. a. Dresden, Leipzig, Chemnitz, Potsdam) als Städte mit wirtschaftlicher Dynamik (Cluster 9) identifiziert und große Teile Sachsens und Thüringens (sowie Sachsen-Anhalts) als ländliche Regionen mit demographischen Herausforderungen und positiver wirtschaftlicher Entwicklung.

Thode und Wink (2024) beschäftigen sich in einer weiteren aktuellen Studie mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Dabei steht der Arbeitsmarkt im Fokus. Mit Blick auf die Arbeitslosen- und die Erwerbstätigenquote hat sich demnach der Osten dem Westen seit der Wiedervereinigung angenähert. Dagegen gibt es nach wie vor Bereiche, in denen der ostdeutsche Arbeitsmarkt im Vergleich zum westdeutschen schlechter abschneidet: etwa beim Durchschnittseinkommen, der Produktivität oder auch dem Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnssektor. Zudem wird im Osten eine pessimistischere subjektive Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation konstatiert, was im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Aufstiegs- und Abstiegsperspektiven stehen könnte. Als größte Herausforderung für den Osten wird aber die negative Bevölkerungsentwicklung gesehen. Aus Sicht der Autoren könnte dieser etwa durch die Ansiedelung von größeren Unternehmen und die daraus entstehenden Ökosysteme, den Ausbau der Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie durch Fachkräftemigration entgegengewirkt werden.

2 Auswertungsmethodik und Daten

Die Frage, welche Regionen für die Regionalpolitik des Bundes und der Länder besonders relevant sind, kann aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Mit Blick auf die Narrative von abgehängten Regionen und gleichwertigen Lebensverhältnissen steht im Folgenden anhand allgemein bekannter Standortindikatoren wie der Arbeitslosenquote die relative Entwicklung der Regionen in Abhängigkeit zum Ausgangsniveau im Vordergrund. Damit folgen wir der Idee einer klassischen Konvergenzanalyse. Konvergenz besteht, wenn sich Regionen mit schlechtem Ausgangsniveau im Untersuchungszeitraum besser entwickeln als Regionen mit besserem Ausgangsniveau und die regionalen Unterschiede abnehmen. Der Gegensatz, die Divergenz, ergibt sich, wenn sich Regionen mit schlechtem Ausgangsniveau schlechter entwickeln als solche mit einem guten Ausgangsniveau. In diesem Fall nehmen regionale Unterschiede zu. Bei Regionen, die sowohl ein auffällig schlechtes Ausgangsniveau als auch eine schlechte Entwicklung aufweisen, kann von abgehängten Regionen gesprochen werden. Grundsätzlich deutet Divergenz auf einen Handlungsbedarf für die Landes- oder Bundespolitik hin, während Konvergenz der Zielvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gerecht wird. Zu beachten ist jedoch, dass Divergenz weder eine hinreichende noch eine notwendige Bedingung für die Notwendigkeit von Regionalpolitik ist. Schließlich kann Divergenz unter Umständen gesellschaftlich erwünscht und vorteilhaft sein, beispielsweise durch die Nutzung von Lokalisations- und Urbanisationsvorteilen oder Skaleneffekte (besonders relevant bei der Frage nach nationalen Champions oder Spitzenclustern). Von abgehängten Regionen im eigentlichen Sinne ist zu sprechen, wenn das Abgehängtsein nicht nur bei einem, sondern bei mehreren wichtigen Standortindikatoren konstatiert wird. Alternative Perspektiven empirischer regionalpolitischer Analyse sind beispielsweise die Betrachtung von strukturschwachen Regionen anhand der öffentlichen und privaten Güter- und Dienstleistungsangebotsqualität, angespannte Wohnungsmärkte (mit Exklusionsgefahr) oder der Blick auf Wachstums- und Innovationsmotoren (Spitzencluster).

In der Auswertungsmethodik werden die Werte der Standortindikatoren anhand des Ausgangsniveaus (x-Achse) und der Entwicklung (y-Achse) ausgewertet. Basierend auf den Medianwerten der Kreise wird zunächst eine Entwicklungsmatrix mit vier Feldern erstellt:

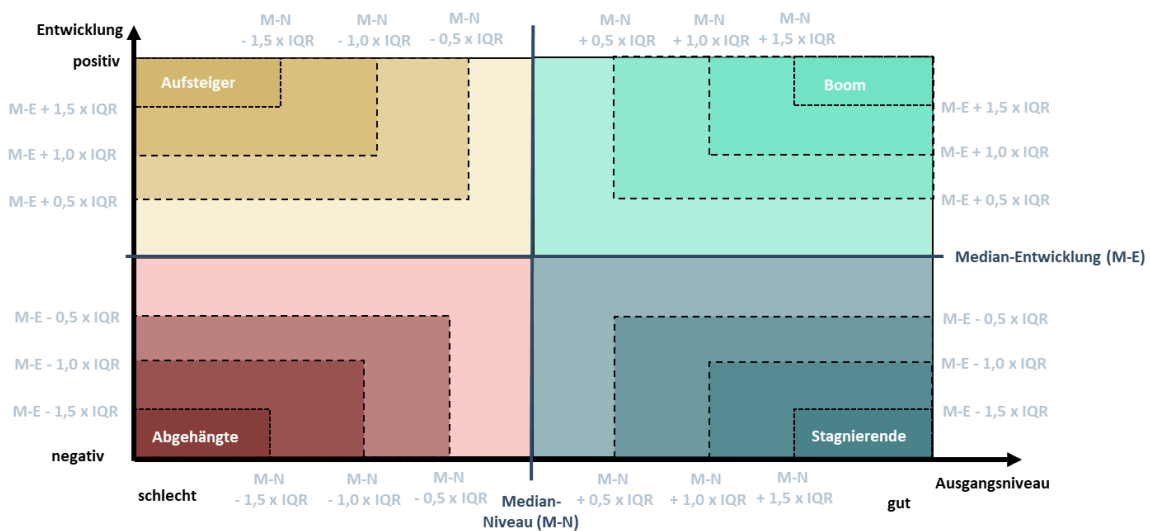
- **Boom-/Spitzenregionen:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung
- **Aufsteigerregionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung
- **Stagnierende Regionen:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung
- **Abgehängte/gefährdete Regionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung

Der Konvergenztrend zeigt sich an einer hohen Anzahl von Aufsteiger- und stagnierenden Regionen, Divergenz an einer hohen Anzahl von abgehängten und Boomregionen.

Die Zuordnung der Kreise zu diesen vier Kategorien ist für stark über- beziehungsweise unterdurchschnittliche Werte nachvollziehbar, jedoch weniger eindeutig und nachvollziehbar bei mittleren Niveau- und Entwicklungswerten. Bei der Identifikation von Förderkulissen oder Sondertatbeständen liegt der Fokus meist auf Ausreißerwerten. Übliche Schwellenwerte sind dabei 60 oder 75 Prozent des Medians oder das 1,5-Fache des Interquartilsabstands (IQR) (vgl. Oberst et al., 2019). Die 60-Prozent-Grenze orientiert sich an der gängigen Definition von Armutsgefährdung, während die 75-Prozent-Marke beispielsweise in der EU-Regionalpolitik beim Indikator BIP pro Einwohner Anwendung findet. Auch Abweichungen von gesamtwirtschaftlichen

Trends können berücksichtigt werden. Letztlich werden die Grenz- und Schwellenwerte nicht theoretisch bestimmbar. Um den Einfluss der Wahl des Grenzwerts zu verdeutlichen, werden bei der Auswertung die Grenzwerte variiert, indem wir als Grenzwert das 0-Fache, 0,5-Fache, 1,0-Fache und 1,5-Fache des IQR zusätzlich zum beziehungsweise abzüglich vom Medianwert als Grenze ansetzen (siehe Abbildung 2-1). Was als „besonders auffällig“ gilt, wird in diesem Fall über Addition und Subtraktion des x-Fachen des IQR festgelegt. Dabei gilt: je höher der multiplizierte IQR-Wert, desto geringer die Anzahl der identifizierten Entwicklungstypen. Bei höheren Grenzwerten ist es möglich, dass einer Vielzahl Regionen keine Entwicklungskategorie zugeordnet wird. Dies ist angebracht, wenn es um die Identifikation „besonders auffälliger“ Entwicklungen geht. Auch die Skalierung der Indikatoren (z. B. absolute, logarithmierte oder z-standardisierte Werte) hat Einfluss auf die Kategorisierung. Im Sinne der eher deskriptiven Auswertung werden im Folgenden jedoch ausschließlich die Werte in der ursprünglichen Skalierung verwendet.

Abbildung 2-1: Entwicklungsmatrix



Hinweise: Hier formulierte für positive Indikatoren (z. B. BIP, Arbeitsentgelte). IQR = Interquartilsabstand, M-N = Median-Niveau, M-E Median-Entwicklung

In der vorliegenden Studie liegt der Fokus auf den ausgewählten Indikatoren:

- Arbeitslosenquote (ALQ) in Prozent für den Zeitraum 2013 bis 2023 (Statistisches Bundesamt, 2024)
- BIP je Einwohner in Euro 2012 bis 2021 (Statistisches Bundesamt, 2024)
- Bruttoarbeitsentgelte Median in Euro 2014 bis 2022 (Bundesagentur für Arbeit, 2024)²
- Einwohnerentwicklung in Prozent 2012 bis 2022 (Statistisches Bundesamt, 2024, Stichtag 31.12.)
- Prognostizierte Einwohnerentwicklung in Prozent 2022 bis 2040 nach Deschermeier et al. (2024)

Eine größere Anzahl von Indikatoren wird etwa in der Regionalstudie 2019 (siehe Oberst et al., 2019) berücksichtigt: ALQ, BIP, Kaufkraft, Überschuldung privater Haushalte (Wirtschaftsindikatoren); Fertilitätsrate, Lebenserwartung, Durchschnittsalter, Einwohnerentwicklung (Demographie-Indikatoren); Immobilienpreise, Breitband, Ärztedichte und kommunale Verschuldung (Infrastrukturindikatoren). Auf einen zusammenfassenden Kriterienansatz wie in Oberst et al. (2019) wird im Folgenden verzichtet. Vielmehr werden zentrale Indikatoren ausgewählt, die für sich allein in der politischen Diskussion von hoher Bedeutung sind.

² fehlende Werte für Hagen (NW), Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße (alle RP), Heilbronn (BY), Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (BY), Brandenburg an der Havel (BB), Rostock (MV) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (SN)

3 Objektive regionale wirtschaftliche Entwicklung

3.1 Arbeitslosenentwicklung

Die Arbeitslosenquote ist ein bewährter Indikator für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung. Die hier verwendete Version der Arbeitslosenquote bezieht sich auf alle Erwerbspersonen (für Details zur Erhebung und Definition siehe Bundesagentur für Arbeit, 2024). Geringere Arbeitslosenquoten gehen grundsätzlich mit einer höheren wirtschaftlichen Teilhabe einher. Fallende regionale Arbeitslosenquoten in Regionen mit zuvor hohen Arbeitslosenquoten signalisieren Aufhol- und Konvergenzprozesse. Allerdings können sinkende Arbeitslosenquoten auch auf überproportionale Abwanderung von Erwerbstätigen, eine grundsätzliche Bevölkerungsabnahme oder (Früh-)Verrentungen zurückzuführen sein. Zudem bleibt die Qualität der Arbeitsplätze unberücksichtigt, zum Beispiel die Lohnhöhe, die Arbeitszeit oder die Arbeitsproduktivität. Trotzdem ist die Arbeitslosenquote ein gängiger Indikator, der in politischen Debatten häufig herangezogen wird. Die isolierte Betrachtung der Arbeitslosigkeit kann jedoch detaillierte Auswertungen zur regionalen Arbeitsmarktentwicklung nicht ersetzen. Mit Fokus auf Ostdeutschland weisen etwa Thode und Wink (2024) auf den noch immer höheren Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnssektor hin.

Im Folgenden wird bei der Betrachtung der regionalen Arbeitslosenentwicklung der Fokus auf das Ausgangsniveau gelegt. Hierfür wird die zuvor in Kapitel 2 dargestellte Entwicklungsmatrix herangezogen. Das Ausgangsniveau der regionalen Arbeitslosenquote lag im Jahr 2013 für die 400 Kreise in Deutschland im Median bei knapp 6 Prozent, wobei die Spannweite von 1,3 Prozent in Eichstätt bei Ingolstadt in Bayern bis 15,2 Prozent in der Uckermark in Brandenburg reichte. Der Interquartilsabstand, also die mittleren 50 Prozent der Verteilung, variierte von 4,0 bis 8,3 Prozent. In diesen Zahlen zeigen sich bereits die hohen regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosenquote. In Ostdeutschland lagen die Arbeitslosenquoten im Median mit 9,5 Prozent deutlich höher als im Westen mit 5,1 Prozent. Die Spannweite der regionalen Arbeitslosenquote reichte im Jahr 2013 von 4,5 Prozent im Landkreis Sonneberg in Südthüringen bis zu 15,2 Prozent in der Uckermark. Zum Vergleich, der Median für die westdeutschen Kreise im Jahr 2013 betrug 5,1 Prozent mit einer Spannweite von 1,3 Prozent in Eichstätt bis 14,6 Prozent in Bremerhaven. Nach Bundesländern wiesen vor allem die Stadtstaaten Berlin (11,7 %) und Bremen (12,5 %) hohe Ausgangsniveaus auf, gefolgt von den Medianwerten für Sachsen-Anhalt (11,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (11,6 %), Brandenburg (10,1 %). In Sachsen (8,8 %) und Thüringen (7,6 %) war die Ausgangslage im Mittel nur minimal schlechter als in Nordrhein-Westfalen (7,5 %), wobei die regionalen Unterschiede in Nordrhein-Westfalen wiederum sehr hoch ausfielen: von 3,4 Prozent im Kreis Coesfeld im Münsterland bis zu 14,4 Prozent in Gelsenkirchen. Zum einen zeigt sich, dass die regionale Arbeitsmarktentwicklung sowohl im Osten als auch im Westen (insbesondere NRW) differenziert zu betrachten ist und ein einfacher Ost-West-Vergleich zu kurz greift. Zudem wird deutlich, dass die Entwicklung in Relation zum Ausgangsniveau analysiert werden muss.

Die Veränderung der regionalen Arbeitslosenquote zwischen 2013 und 2023 ist im Median um 0,4 Prozentpunkte gesunken. Dabei variiert die Spannweite von einer Reduktion um 5,8 Prozentpunkte im Landkreis Oberspreewald-Lausitz in Brandenburg (von 13,8 auf 8,0 %) bis zu einem Anstieg um 1,7 Prozentpunkte in Hagen im Ruhrgebiet (von 10,6 auf 12,3 %) und Mannheim (von 6,0 auf 7,7 %). Im Mittel hat sich im Osten Deutschlands die Arbeitslosenquote im Median um 1,7 Prozentpunkte verbessert und im Westen um 0,2 Prozentpunkte verschlechtert. Der Korrelationskoeffizient zwischen der prozentualen Bevölkerungsentwicklung und der Differenz der Arbeitslosenquote ist positiv und beträgt 0,43. Im Scatterplot der beiden Variablen zeigt sich ein u-förmiger Verlauf: Sowohl überproportional schrumpfende als auch stark wachsende Kreise

tendieren dazu, eine sinkende Arbeitslosenquote aufzuweisen, während Kreise mit einer moderaten Bevölkerungsentwicklung eher stagnierende Arbeitslosenquoten zeigen.

Abbildung 3-1 stellt die Entwicklung der regionalen Arbeitslosenquote von 2013 bis 2023 (y-Achse) im Verhältnis zum Ausgangsniveau (x-Achse) dar. In der Abbildung ist ein gesamtwirtschaftlicher Konvergenztrend klar zu erkennen, der ebenso in einer OLS-Regression eine statistische Signifikanz aufweist ($R^2 = 0,46$). Auch innerhalb der Teilgruppe der 76 ostdeutschen Kreise und der 324 westdeutschen Kreise ist der Konvergenztrend signifikant. Stärker ausgeprägt ist das Muster allerdings bei den ostdeutschen Kreisen. Abbildung 3-2 visualisiert dieselben Daten gesondert für Ostdeutschland und differenziert nach den Bundesländern. Auch wenn nur die Kreise der Bundesländer separat betrachtet werden, zeigen sich in Brandenburg und Thüringen signifikante Konvergenztrends. In Sachsen ist die Entwicklung hingegen nicht statistisch signifikant.

Abbildung 3-1: Entwicklung Arbeitslosenquote 2013-2023 im Verhältnis zum Ausgangsniveau

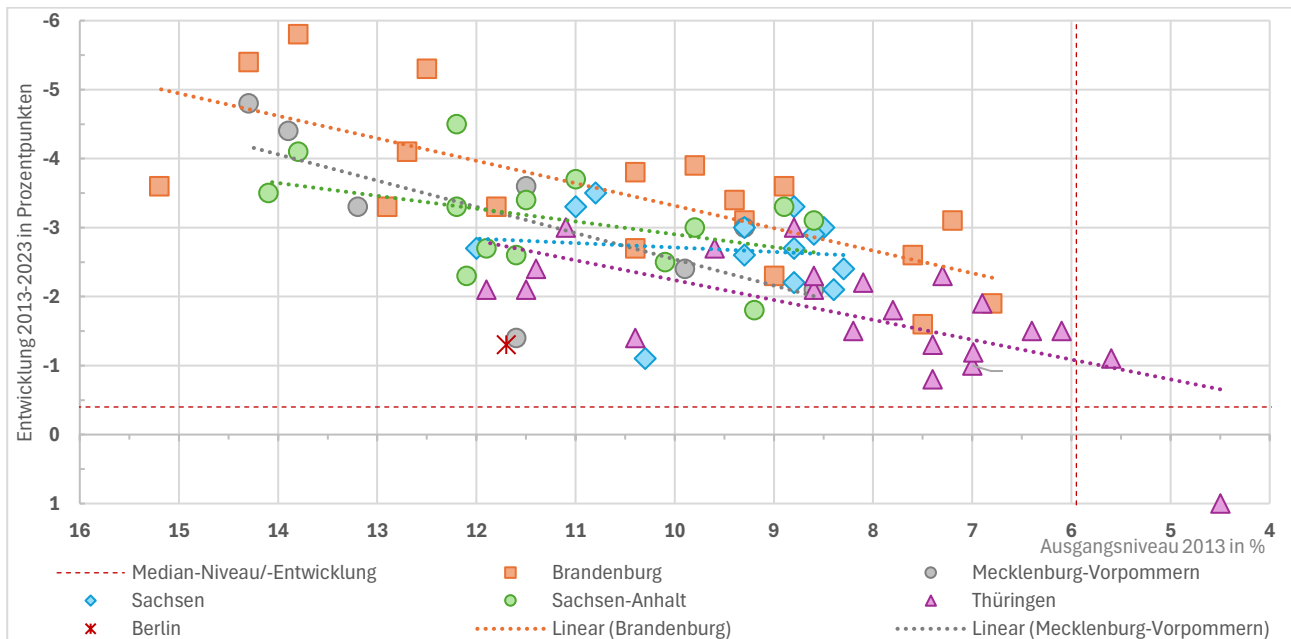


Hinweise:

- Median-Ausgangsniveau 2013 6,0 % (IQR 4,3 %) und Median-Entwicklung 2013-2023 -0,4 % (IQR 1,3 %)
- Grenzwerte Entwicklungsmatrix: $x = 6,0$ und $y = -0,4$ (0-facher IQR); $x = 8,1 / 3,8$ und $y = 0,3 / -1,1$ (0,5-facher IQR); $x = 10,3 / 1,7$ und $y = 0,9 / -1,7$ (1,0-facher IQR) sowie $x = 12,4$ % / $-0,5$ [=>NA] und $1,6 / -2,4$ % (1,5-facher IQR)
- Entwicklungstrend nach $\Delta ALQ_{2013-2023} \sim ALQ_{2013}$ kalkuliert, Ergebnis: Konvergenz insgesamt: $y = -0,2856x + 1,1389$; R^2 0,46 und Konvergenz im Osten: $y = 0,3386x + 0,6544$; R^2 0,48

Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2024) nach Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 3-2: Entwicklung Arbeitslosenquote 2013-2023 im Verhältnis zum Ausgangsniveau – Fokus Ostdeutschland



Hinweise: siehe Abbildung 3-1.

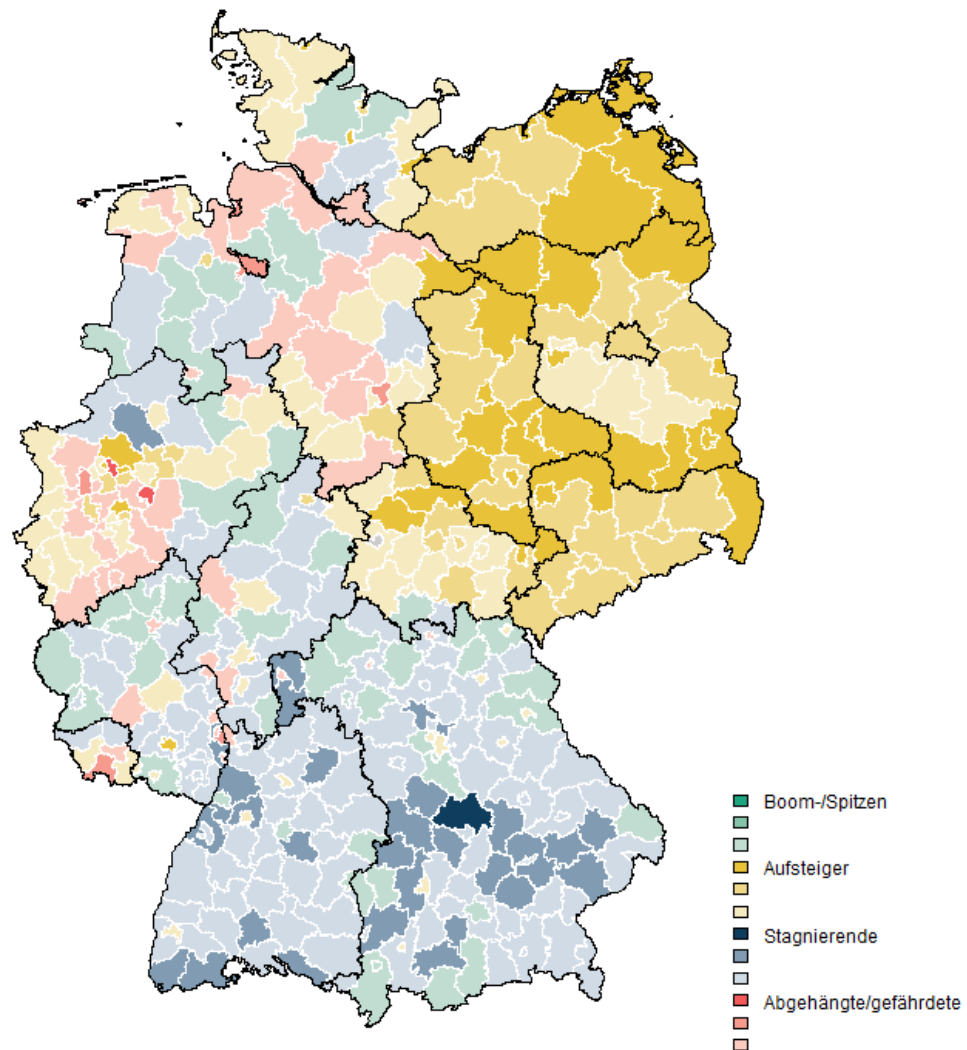
Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2024) nach Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Werden alle 400 Kreise einem der vier Entwicklungstypen zugeordnet, zählen 148 Kreise (37 %) zu den Aufsteigern (Quadrat oben links in der Abbildung 3-1), davon 74 von den 76 ostdeutschen Kreisen. 52 Kreise (13 %) werden als abgehängt klassifiziert, diese liegen alle in Westdeutschland. Wird jedoch bei der Zuordnung der Entwicklungstypen nach der Entwicklungsmatrix für die Arbeitslosenquote als Grenzwert das 1,5-fache des Interquartilsabstands (IQR) +/- Medianwerte festgelegt, können 11 Aufsteigerregionen identifiziert werden. Die restlichen 389 Kreise werden dann keiner der vier Entwicklungsklassifikation zugeordnet. Das bedeutet, dass mit dem 1,5-fachen IQR-Wert keine abgehängten, stagnierenden oder Boomregionen identifiziert werden. Von den elf Aufsteigerregionen befinden sich sechs in Brandenburg (von insgesamt 18 Kreisen), drei in Mecklenburg-Vorpommern (von 8 Kreisen) und zwei in Sachsen (von 14 Kreisen). Wird der Interquartilsabstand bei der Kalkulation der Grenzwerte mit 1 oder 0,5 multipliziert, erhöht sich die Anzahl der als Aufsteiger identifizierten Kreise auf 37 beziehungsweise 79, davon liegt die überwiegende Mehrheit in Ostdeutschland (29 bzw. 60). Abgehängte Regionen werden mit dem 1,5-fachen IQR als Grenzwert nicht identifiziert. Wenn der Multiplikationsfaktor auf 1 abgesenkt wird, werden lediglich zwei Kreise als solche klassifiziert: Hagen und Gelsenkirchen, wobei auch Duisburg Werte nahe des Grenzwerts aufweist. Wird der 0,5-fache IQR als Grenzwert verwendet, erfüllen neun Kreise das Kriterium für den Entwicklungstyp „abgehängt“: Neben Hagen, Gelsenkirchen und Duisburg sind dies Salzgitter und Delmenhorst in Niedersachsen, Bremen und Bremerhaven (wobei Delmenhorst auch zum Bremer Umland zählt) sowie Ludwigshafen am Rhein und Saarbrücken – alles Kreise in Westdeutschland.

Tabelle 3-1 gibt eine Übersicht über die Verteilung der Entwicklungstypen für die regionale Arbeitslosenquote im Zeitraum 2013 bis 2023 je nach gewähltem Grenzwert für alle 400 Kreise (links) sowie separat nur für die 76 Kreise im Osten (rechts).

Tabelle 3-1: Verteilung Entwicklungstyp Arbeitslosenquote 2013-2023 nach Anzahl Kreise

Entwicklungstyp Arbeitslosenquote 2013-2023	Insgesamt				davon im Osten			
	Grenzwerte: Median +/- X·IQR				Grenzwerte: Median +/- X·IQR			
	0	0,5	1	1,5	0	0,5	1	1,5
Boom-/Spitzenregionen	51	0	0	0	1	0	0	0
Aufsteigerregionen	148	79	37	11	74	60	29	11
Stagnierende Regionen	149	30	1	0	1	0	0	0
Abgehängte/gefährdete Regionen	52	9	2	0	0	0	0	0
Nicht eindeutig	0	282	360	389	0	16	47	65
Zugeordnet	400	118	40	11	76	60	29	11

Abbildung 3-3 Verteilung Entwicklungstyp Arbeitslosenquote 2013-2023


Zuordnung nach Entwicklungsmatrix in Abbildung 2-1: **Boom-/Spitzenregionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteigerregionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende Regionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängte/gefährdete Regionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung

Differenzierung der Zuordnung über Variation der Grenzwerte durch Multiplikation des IQR mit 0, 0,5, 1,0 addiert zum bzw. subtrahiert vom Median (Grenzwerte mit IQR x 1,5 sind nicht abgebildet). Es gilt: je stärker der Farbton, desto höher der angesetzte Grenzwert und eindeutiger das Ergebnis.

3.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner und Bruttoarbeitsentgelte

Der BIP-Indikator ist ein wesentlicher Maßstab in der EU-Regionalpolitik, mit dem die wirtschaftliche Leistung verschiedener Regionen gemessen und verglichen wird. Dabei wird das BIP etwa verwendet, um festzustellen, welche Regionen als weniger entwickelt gelten und daher Anspruch auf finanzielle Unterstützung aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfond der EU haben. Ein bekannter Grenzwert, unter dem Regionen als „weniger entwickelte Regionen“ und prioritär förderberechtigt gelten, liegt bei einem BIP pro Kopf von unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Der BIP-Indikator ist damit ein wichtiges Kriterium in der Zuweisung von EU-Fördergeldern (jedoch nicht das einzige) und spielt eine entscheidende Rolle bei der Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion innerhalb der Europäischen Union. Allerdings ist das BIP gerade auf regionaler und lokaler Ebene ein schwieriger Indikator, da die Werte oft durch so genannte „Headquarter-Effekte“ verzerrt sind. Der Effekt tritt auf, wenn die wirtschaftliche Aktivität und damit das BIP einer Region stark von den Einnahmen und Gewinnen großer Unternehmen beeinflusst werden, deren Hauptsitz sich in dieser Region befindet, während die tatsächliche Produktion und wirtschaftliche Aktivität vornehmlich in anderen Regionen oder sogar Ländern stattfinden. Dieses Zusammenspiel kann zu Über- und Unterbewertung des regionalen Wohlstands führen. In den Daten zeigt sich ein solcher Effekt etwa für Wolfsburg.

Das Ausgangsniveau der regionalen BIP-Werte lag im Jahr 2012 für die 400 Kreise Deutschlands im Median bei 28.000 Euro je Einwohner, mit einer Spannweite von 13.900 Euro im Landkreis Südwestpfalz bis 127.500 Euro je Einwohner in Wolfsburg. Der Interquartilsabstand reicht von 23.200 bis 34.700 Euro je Einwohner. Besonders auffällig sind die Werte für Wolfsburg (127.500 Euro je Einwohner), Ingolstadt (108.700 Euro je Einwohner) und München Landkreis (97.500 Euro je Einwohner). In den ostdeutschen Kreisen lag der Median-BIP-Wert im Jahr 2012 bei 22.200 Euro je Einwohner, im Westen bei 30.100 Euro je Einwohner.

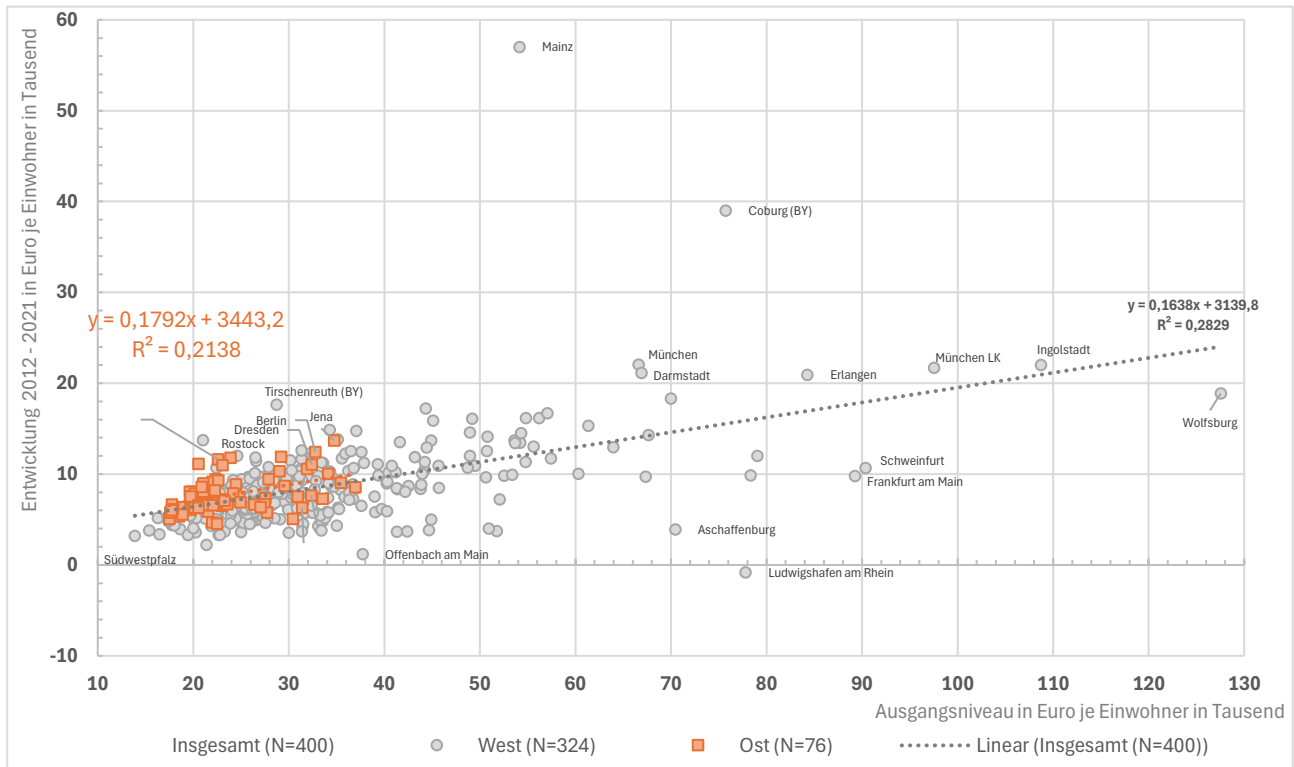
Die Veränderung der regionalen BIP-Werte zwischen 2012 und 2021 beträgt im Median 7.600 Euro je Einwohner, mit einer Spannweite von einer Reduktion um 800 Euro je Einwohner in Ludwigshafen am Rhein, dem einzigen Kreis mit einer negativen Entwicklung, bis zu einem Anstieg um 57.000 Euro je Einwohner in Mainz.³ Auch bei der Veränderung zeigen sich beim BIP je Einwohner deutliche Ausreißer: Die zweitbeste Entwicklung verzeichnet Coburg mit einem Plus von 39.000 Euro, während alle anderen Werte unter 22.100 Euro liegen. Die zweitschlechteste Entwicklung weist Offenbach mit einem Plus von 1.200 Euro im betrachteten Zeitraum auf. Im Median ist das BIP je Einwohner im Osten um 7.300 Euro gestiegen, im Westen um 7.800 Euro. Betrachtet man den Anstieg prozentual, zeigt sich jedoch ein umgekehrtes Bild: Im Osten beträgt der Anstieg im Median 32,7 Prozent, im Westen 25,4 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, das Ausgangsniveau bei der Auswertung zu berücksichtigen. Trotz der Annäherung nach prozentualen Werten, bestehen – im Gegensatz zur Arbeitslosenquote – nach wie vor deutliche Unterschiede bei den Median-BIP-Werten: Im Osten liegt das BIP je Einwohner bei 29.800 Euro, im Westen bei 37.800 Euro. Für die relative Entwicklung in Prozentpunkten zeigt sich ein schwach signifikanter Konvergenztrend und bei der Veränderung in absoluten Werten ein Divergenztrend.

Abbildung 3-4 stellt die Entwicklung der regionalen BIP-Werte je Einwohner von 2012 bis 2021 (y-Achse) im Verhältnis zum Ausgangsniveau (x-Achse) dar. In der Abbildung sind der gesamtwirtschaftliche

³ Dieser Effekt geht auf die Erfolge von BioNTech in der Impfstoffentwicklung und -produktion während der COVID-19-Pandemie zurück.

Divergenztrend und die hohe Streuung mit vielen Ausreißerwerten zu erkennen. Die Teilgruppe der 76 ost-deutschen Kreise ist wenig auffällig. Bei separater Betrachtung zeigen sich sowohl die hohen Stadt-Land-Unterschiede im Osten als auch die Differenzierung Brandenburgs, abhängig davon, ob eine Region im Speckgürtel Berlins aufzufinden ist, wobei Berlin selbst im Niveau nicht auffällig ist.

Abbildung 3-4: Entwicklung BIP 2012-2021 im Verhältnis zum Ausgangsniveau



Hinweise:

- Median-Ausgangsniveau 2012 28.049 Euro (IQR 11.445 Euro) und Median Entwicklung 2012-2021 7.633 Euro (IQR 3559 Euro).
- Entwicklungstrend nach $\Delta BIP_{2012-2021} \sim BIP_{2012}$ kalkuliert, Ergebnis: Divergenz insgesamt: $y = 0,164x + 3140$; R^2 0,28 und Divergenz im Osten: $y = 0,179x + 3443$; R^2 0,21

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 2024

Aufgrund der Verzerrungen (Stadt-Umland-Brüche, Ausreißer Headquarter) scheint der BIP-Indikator nicht besonders gut für eine flächendeckende regionale Auswertung geeignet zu sein. Hinzu kommt die erhebliche Zeitverzögerung, da aktuell auf Kreisebene nur Werte bis 2021 vorliegen. Daher wird im Folgenden eine Auswertung der Bruttoarbeitsentgelte ergänzt, die näher an der Wahrnehmung der Bevölkerung liegen sollte.⁴

Alternativer Indikator Bruttoarbeitsentgelt

Der Indikator Median-Bruttoarbeitsentgelte (im Folgenden kurz Arbeitsentgelte) bietet eine aussagekräftige Möglichkeit, die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in verschiedenen Regionen zu bewerten. Im Gegensatz zum BIP, das oft durch extreme Werte verzerrt wird und nicht direkt das Einkommen der Bevölkerung widerspiegelt, liefern Arbeitsentgelte einen eindeutigen Blick auf die Einkommensverteilung und die tatsächliche wirtschaftliche Situation der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Indikator ist besonders nützlich, da er weniger anfällig für Ausreißer ist und eine realistischere Einschätzung der Einkommensverhältnisse ermöglicht.

⁴ Die Entwicklungsmatrix nach BIP findet sich für interessierte Leser im Anhang.

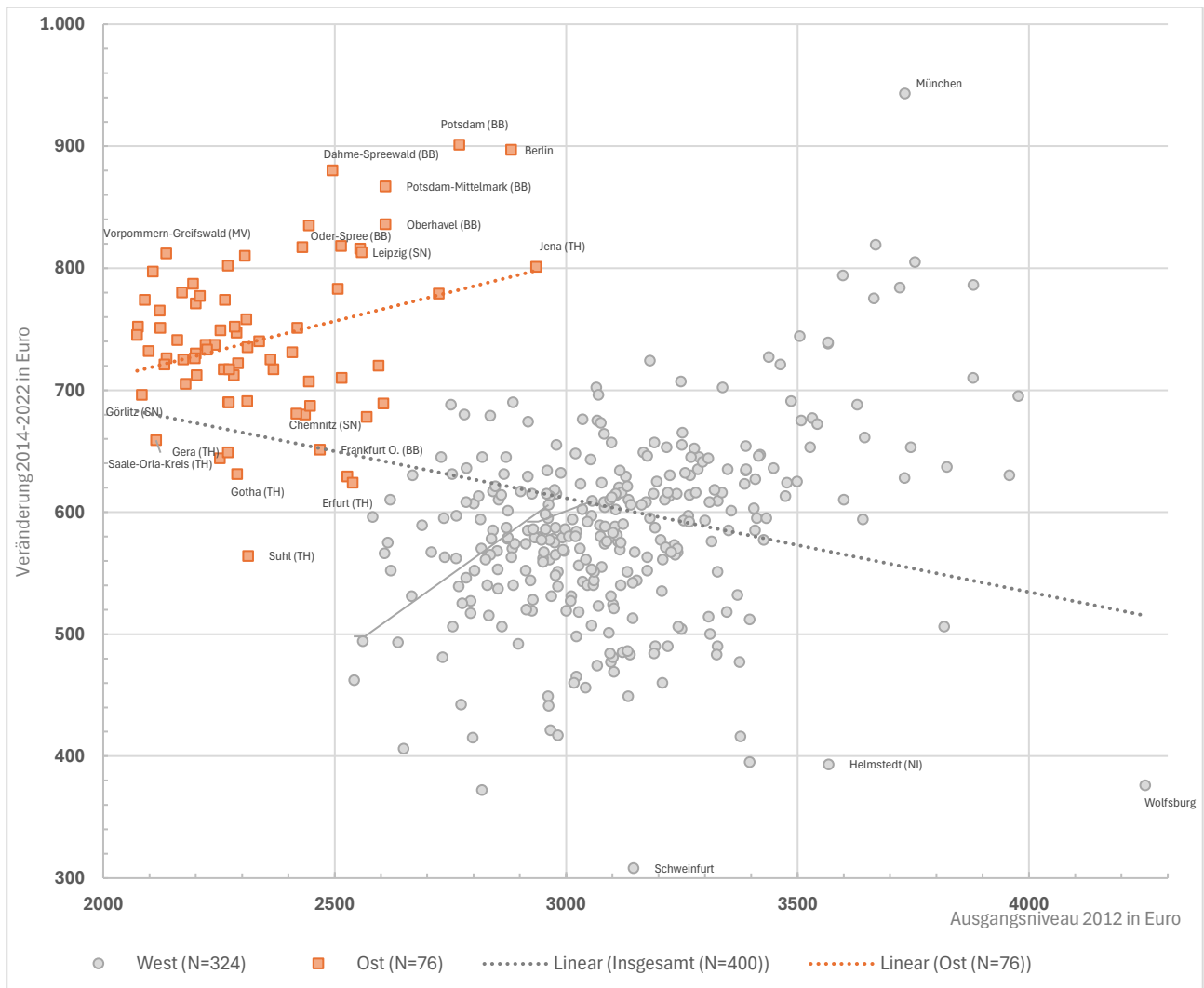
Zudem spiegelt er besser wider, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die in einer Region wohnhaften Menschen auswirkt. Durch die Betrachtung des *Median*-Arbeitsentgelts wird sichergestellt, dass die Werte nicht durch sehr hohe oder sehr niedrige Einkommen verzerrt werden. Insgesamt liefert der Median der Bruttoarbeitsentgelte als Indikator eine präzisere Grundlage für die Analyse und Bewertung der regionalen Entwicklung als die BIP-Werte je Einwohner. Es liegen Werte für die Jahre 2014 bis 2022 vor.

Das Ausgangsniveau des Arbeitsentgelts lag im Jahr 2014 für die 400 Kreise Deutschlands im Median bei 3.020 Euro, mit einer Spannweite von 2.073 Euro im Erzgebirgskreis (Sachsen) bis 4.251 Euro in Wolfsburg. Der Interquartilsabstand reicht von 2.783 bis 3.210 Euro. Regionale Arbeitsentgelte und BIP-Werte sind stark korreliert (etwa 0,47), allerdings ohne die besonders auffälligen Ausreißerwerte wie beim BIP. So weist Wolfsburg auch beim Arbeitsentgelt den höchsten Wert auf. Darauf folgen, jedoch mit deutlich geringerem Abstand als zuvor, Erlangen (3.977 Euro), der Main-Taunus-Kreis bei Frankfurt (3.958 Euro) und der Landkreis München (3.880 Euro). Die Stadt München liegt mit 3.732 Euro auf Rang 10. Auffällig ist bei diesem Indikator, dass die Umlandkreise der Metropolen Frankfurt und München besonders gut abschneiden.

Der Zuwachs der regionalen Arbeitsentgelte zwischen 2014 und 2022 beträgt im Median 606 Euro, mit einer Spannweite von 308 Euro in Schweinfurt bis zu 943 Euro in München. Der Interquartilsabstand reicht von 561 bis 665 Euro. Für 11 Kreise liegen keine aktuellen Werte vor.⁵ Im Osten sind die Arbeitsentgelte im Beobachtungszeitraum um 735 Euro gestiegen, im Westen um 585. Das Ausgangsniveau lag im Median im Osten bei 2.288 und im Westen bei 3.082 Euro. Im Jahr 2022 lagen die Arbeitsentgelte im Osten bei 3.013 Euro und im Westen bei 3.655 im Westen. Auch wenn sich für Ost- und Westdeutschland bei den Medianwerten eine Angleichung andeutet, zeigt sich für absolute Werte eine gesamtwirtschaftliche Divergenz. Dagegen lassen die relativen Veränderungen des Arbeitsentgelts in Prozent auf einen Konvergenzprozess schließen (wie bei den BIP-Werten). Einen Überblick über die Verteilung liefert Abbildung 3-5.

In Tabelle 3-2 werden die Regionen wie zuvor für die Arbeitslosenquote in Abschnitt 3.2 den in Kapitel 2 entwickelten Entwicklungstypen zugeordnet. Wie zuvor für die Arbeitslosenquote zeigt sich auch hier ein flächendeckender Aufholprozess der ostdeutschen Kreise beim Arbeitsentgelt. Für die westdeutschen Kreise zeigt sich ein differenzierteres Bild: Es gibt einige Boomregionen, darunter München, Stuttgart und Frankfurt ebenso wie Hamburg, Düsseldorf, Bonn und einige weitere. Gleichzeitig gibt es vereinzelt abgehängte und stagnierende Regionen, die eine gefährdete Entwicklung aufweisen. Im Osten werden im niedrigsten Grenzwert 72 Aufsteigerregionen und eine abgehängte/gefährdete Region (Suhl) identifiziert (für die drei restlichen Kreise liegen keine Daten vor). Werden die Schwellenwerte erhöht, reduziert sich die Anzahl der Aufsteigerregionen sukzessive auf 64, 47 und 11 (1,5-facher IQR). Vor allem in Thüringen reduziert sich die Anzahl mit der ersten Grenzwertehöhung in der Analyse (siehe Abbildung 3-6).

⁵ Dies gilt für Hagen, Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße, Heilbronn, Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Brandenburg an der Havel, Rostock und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

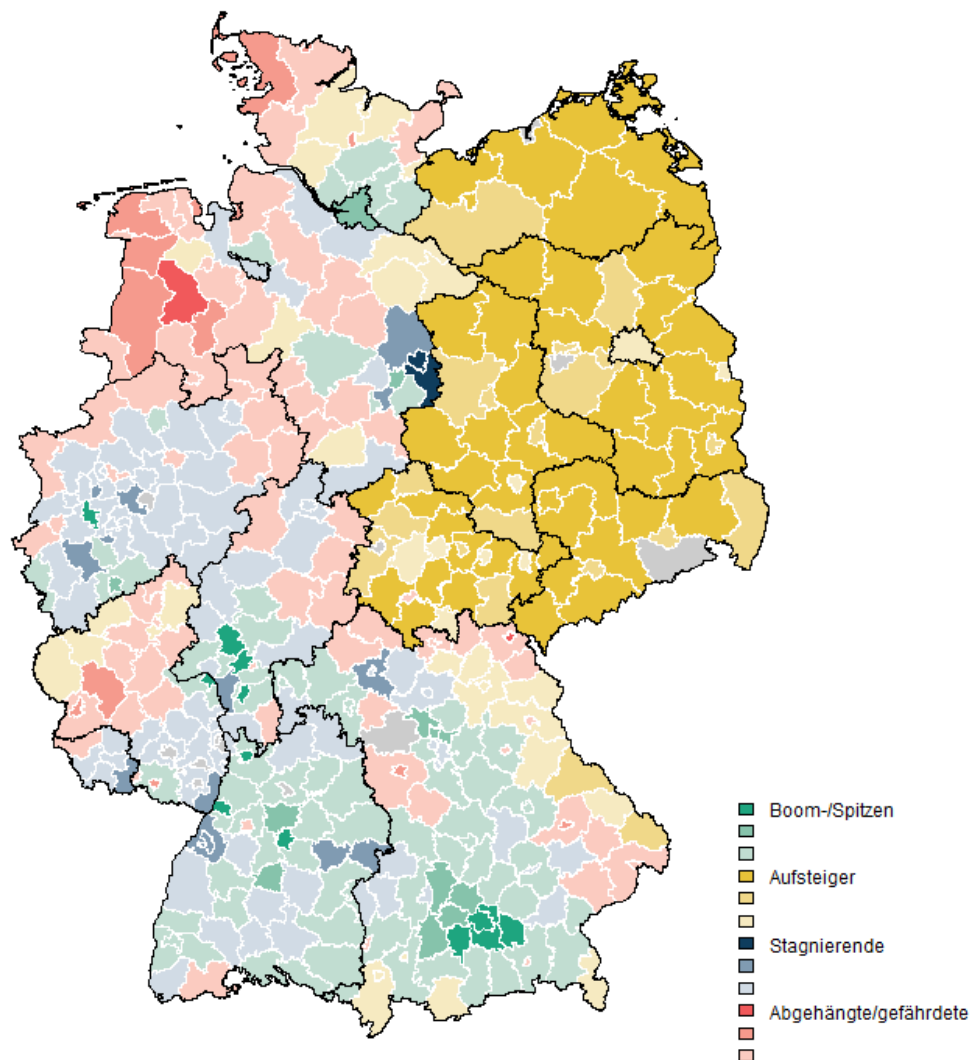
Abbildung 3-5: Entwicklung Arbeitsentgelte 2014-2022 im Verhältnis zum Ausgangsniveau

Hinweise:

- Median-Ausgangsniveau 2014 3.020 EUR (IQR 407 EUR) und Median-Entwicklung 2014-2022 606 EUR (IQR 104 EUR)
- Grenzwerte Entwicklungsmatrix: $x = 3.020$ EUR und $y = 606$ EUR (0-facher IQR); $x = 3.234 / 2.807$ EUR und $y = 658 / 554$ (0,5-facher IQR); $x = 3.447 / 2.593$ EUR und $y = 710 / 502$ EUR (1,0-facher IQR) sowie $x = 3.661 / 2.380$ EUR und $y = 1.559 / -437$ EUR (1,5-facher IQR)
- Entwicklungstrend nach $\Delta \text{Arbeitsentgelte}_{2014-2022} \sim \text{Arbeitsentgelte}_{2014}$ kalkuliert, Ergebnis: schwache Konvergenz insgesamt: $y = -0,077x + 842$; R^2 0,10 und schwache Divergenz im Osten: $y = 0,095x + 0,518$; R^2 0,08.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, 2024

Tabelle 3-2: Verteilung Entwicklungstyp Arbeitsentgelte 2014-2022 nach Anzahl Kreise

Entwicklungstyp Arbeitsentgelte 2014-2022	Kreise				davon im Osten			
	Grenzwerte: Median +/- X·IQR				Grenzwerte: Median +/- X·IQR			
	0	0,5	1	1,5	0	0,5	1	1,5
Boom-/Spitzenregionen	94	23	12	6	0	0	0	0
Aufsteigerregionen	103	66	47	11	72	64	47	11
Stagnierende Regionen	101	16	2	1	0	0	0	0
Abgehängte/gefährdete Regionen	91	16	2	0	1	0	0	0
Nicht eindeutig	11	279	337	382	3	12	29	65
Zugeordnet	389	121	63	18	73	64	47	11

Abbildung 3-6: Entwicklungsmatrix Arbeitsentgelte 2014-2022


Zuordnung nach Entwicklungsmatrix in Abbildung 2-1: **Boom-/Spitzenregionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteigerregionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende Regionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängte/gefährdete Regionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung

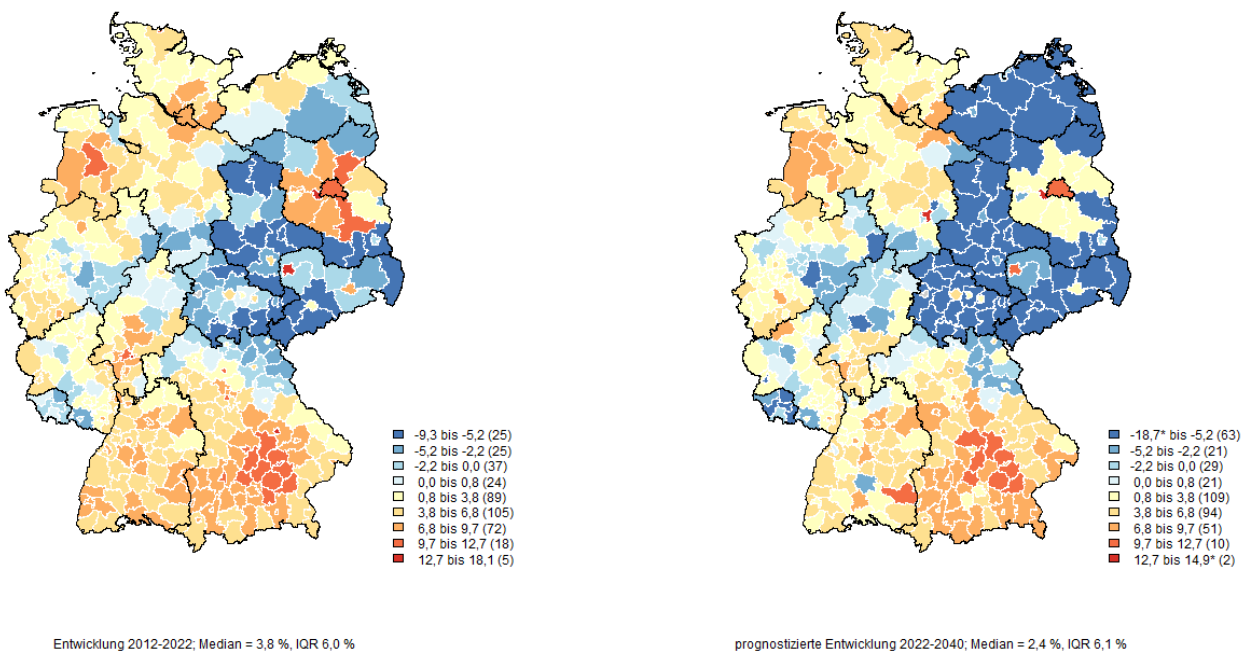
Differenzierung der Zuordnung über Variation der Grenzwerte durch Multiplikation des IQR mit 0, 0,5, und 1,0 addiert zum bzw. subtrahiert vom Median (Grenzwerte mit IQR x 1,5 sind nicht abgebildet). Es gilt: je stärker der Farbton, desto höher der angesetzte Grenzwert und eindeutiger das Ergebnis.

3.3 Einwohnerentwicklung

Im Median ist die Bevölkerung in den 400 Kreisen zwischen 2012 und 2022 um 3,8 Prozent gestiegen. Die Spannweite reicht jedoch von einer Schrumpfung um 9,3 Prozent im Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt) bis zu einem Wachstum um 18,1 Prozent in Leipzig (Sachsen). Mit Potsdam (+16,3 %, Rang 2) und Berlin (+10,9 %, Rang 10) sind zwei weitere ostdeutsche Städte unter den zehn am stärksten gewachsenen Städten. Der Interquartilsabstand reicht von 0,5 bis 6,5 Prozent und verdeutlicht, dass die Streuung auch in der Mitte der Verteilung hoch ist. Besondere Unterschiede bestehen zwischen Ost und West: Die ostdeutschen Kreise sind im Mittel um 2,2 Prozent geschrumpft und die westdeutschen um 4,5 Prozent gewachsen. Die ostdeutschen Kreise decken dabei mit Mansfeld-Südharz bis Leipzig die Gesamtspannweite ab, wobei der Interquartilsabstand minus 6,0 Prozent bis plus 2,7 Prozent beträgt. Zum Vergleich, bei den westdeutschen Kreisen reicht die Spannweite von -4,5 Prozent in Kronach (Bayern) bis 14,7 Prozent in Landshut (Bayern) bei einem Interquartilsabstand von plus 1,8 Prozent bis 7,0 Prozent.

Die linke Grafik in Abbildung 3-7 veranschaulicht die Verteilung der Bevölkerungsentwicklung in den letzten zehn Jahren. Mit Ausnahme einiger Städte und Teilen Brandenburgs sind vor allem ostdeutsche Landkreise von einer Schrumpfung betroffen. Zudem zeigen auch einige Regionen im Westen Schrumpfungstendenzen, darunter Landkreise im Norden Bayerns, im Saarland, in Rheinland-Pfalz sowie in den östlichen Teilen Nordrhein-Westfalens. Ergänzend stellt die linke Grafik in der Abbildung die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für den Zeitraum 2022-2040 gemäß dem IW-Wohnungsbedarfsmodell dar (Deschermeier et al., 2024). Die Klasseneinteilung orientiert sich in beiden Grafiken an den Grenzwerten der zuvor verwendeten Entwicklungsmatrix und basiert auf dem Median +/- dem 0-, 0,5-, 1,0- und 1,5-fachen Interquartilsabstand für die aktuelle Bevölkerungsentwicklung. Um die Werte der Prognose zu verdeutlichen, wurde für die Prognosewerte (Abbildung rechts) die gleiche Skala genutzt.

Abbildung 3-7: Bevölkerungsentwicklung 2012-2022 und Prognose 2022-2040 im Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt (2024) rechts sowie Bevölkerungsprognose im IW-Wohnungsbedarfsmodells nach Deschermeier et al. (2024) links. Hinweise: Zensusupdate in den Prognosedaten nicht berücksichtigt.

Dass die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2040 ein ähnliches Bild wie die bisherige Entwicklung zeigt, geht auch darauf zurück, dass die Annahmen zur Wanderungsbewegung stark auf den Erfahrungen der letzten Jahre beruhen – neben der gut prognostizierbaren biometrischen Bevölkerungsentwicklung. Allerdings verdeutlicht der Vergleich, dass sich die Schrumpfungsentwicklungen verstärken und die Wachstumsdynamiken abschwächen könnten. Die Herausforderungen werden in den nächsten Jahren zunehmen und insbesondere im Osten außerhalb der Hauptstadtregion Berlin/Brandenburg, im Saarland sowie entlang der Grenzen der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen spürbar werden.

Abbildung 3-8 und Abbildung 3-9 zeigen die Bevölkerungsentwicklung für die identifizierten Regionstypen. Es zeigt sich, dass die Aufsteigerregionen im Osten in den letzten zehn Jahren geschrumpft sind. Je eindeutiger der Aufholprozess, desto stärker ist die Schrumpfung. Die höchsten Bevölkerungszuwächse verzeichnen die Boom-/Spitzenregionen nach Arbeitsentgeltentwicklung, gefolgt von den stagnierenden Regionen nach Arbeitsmarktentwicklung.

Abbildung 3-8: Median-Bevölkerungsentwicklung 2012-2022 nach Entwicklungstyp Arbeitslosenquote in Prozent

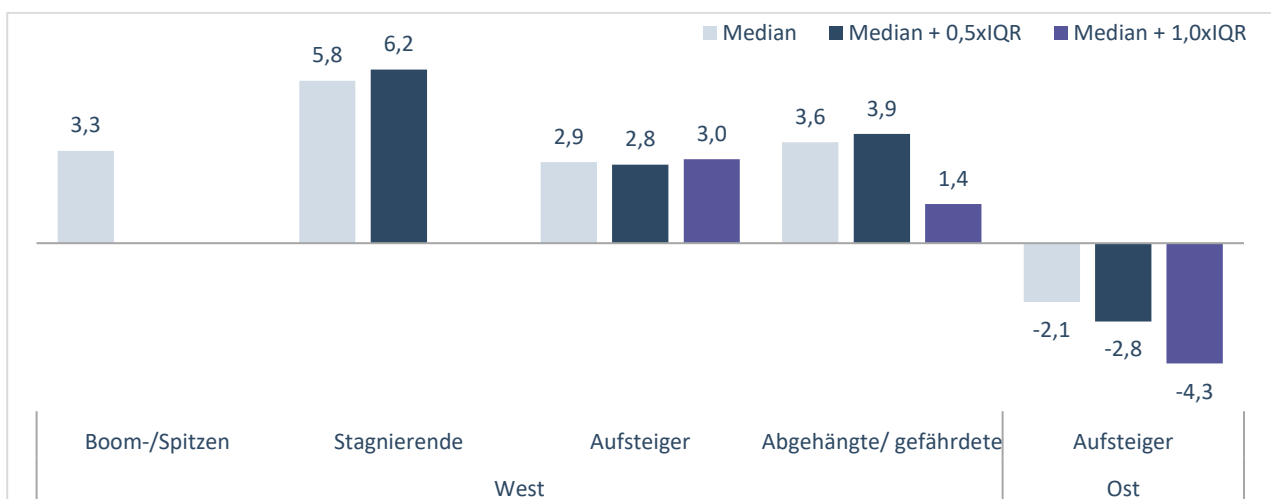
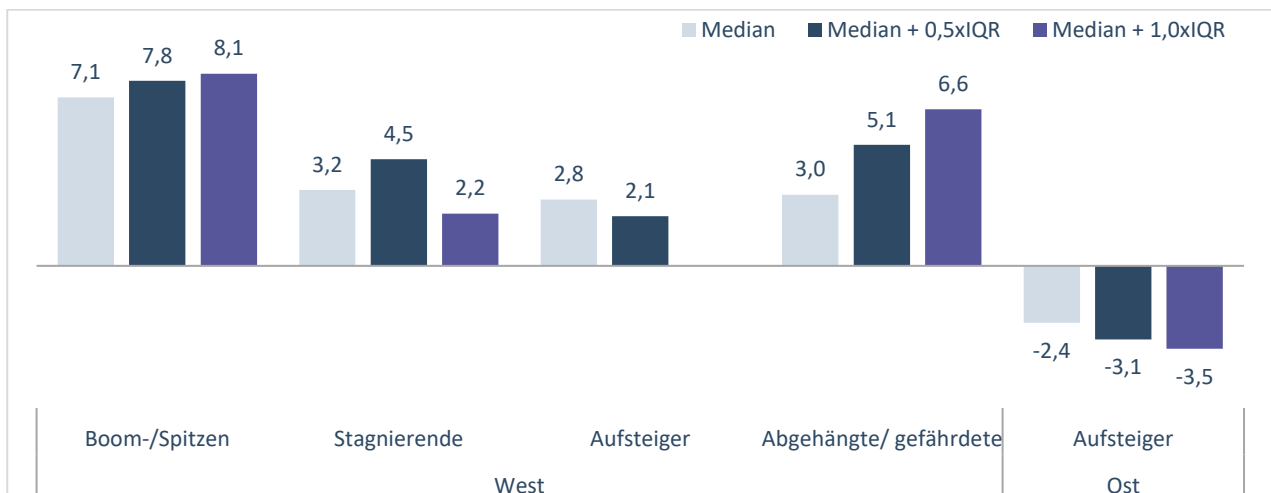


Abbildung 3-9: Median-Bevölkerungsentwicklung nach Entwicklungstyp Arbeitsentgelte in Prozent



4 Subjektive Wahrnehmung regionaler wirtschaftlicher Entwicklung

Die im vorherigen Abschnitt diskutierte, sozio-demographische Entwicklung der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte wird im Folgenden um die Wahrnehmung der deutschen Wohnbevölkerung ergänzt. Dazu greift die Analyse auf die IW-Personenbefragung (siehe Kasten 4-1) zurück, in der 5.350 Befragte einen Frageblock zur Einschätzung der regionalen Entwicklung vorgelegt bekommen haben. Die Datengrundlage bildet die Bundesländer nach ihren Bevölkerungsanteilen ab, nicht aber die einzelnen Kreise, weshalb die subjektive Wahrnehmung nicht für einzelne Kreise ausgewiesen werden kann.

Kasten 4-1: Datenbeschreibung IW-Personenbefragung 2024

Die Auswertungen basieren auf der zweiten Welle der IW-Personenbefragung (vgl. Diermeier et al., 2023), die im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft über das Online-Access-Panel von Bilendi & respondi zwischen dem 26. April 2024 und dem 8. Mai 2024 durchgeführt wurde. Im Rahmen der Online-Befragung haben 5.437 Menschen ab 18 Jahren Frageblöcke zu verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen beantwortet. Die Befragungsdauer betrug im Median 22 Minuten. Die Befragung wurde in den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie monatlichen Haushaltsnettoeinkommen entsprechend der Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamts sowie gemäß der repräsentativen Verteilung des Mikrozensus 2023 quotiert. Nach Bereinigung um Fälle mit sehr geringer Befragungsdauer (unter 13 Minuten) in Kombination mit fehlender Variation in den Antworten verbleibt eine Stichprobe mit 5.350 Antworten. Mit Ausnahme der Landkreise Unstrut-Hainich und Kaiserslautern greifen die Auswertungen auf Befragte aus allen Kreisen zurück. Mit 242 validen Antworten wurden die meisten Befragten in einem einzelnen Kreis in Berlin erreicht.

Bei Online-Access-Panels gilt es zu beachten, dass Befragte nicht aus einer Zufallsstichprobe generiert werden, sondern online um potenzielle Teilnehmende geworben wird. Durch diese Vorgehensweise beschränkt sich die Grundgesamtheit der Befragten auf Menschen mit Internet-Zugang, was insbesondere unter Älteren geringer ausgeprägt ist.⁶ Zwar sind die über 65-Jährigen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend abgebildet, innerhalb dieser Gruppe sind die Älteren jedoch unterrepräsentiert. Deskriptive Statistiken der Schulabschlüsse zeigen zudem, dass in der vorliegenden Stichprobe Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung überrepräsentiert, solche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss unterrepräsentiert sind. Aufgrund von Selektionseffekten bei Befragungen ist ein Bildungs-Bias nicht untypisch und zeigt sich beispielsweise auch als Ergebnis der Zufallsauswahl der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).

Bei Access-Panels ist zudem denkbar, dass sich hier verstärkt Befragte einbringen könnten, die ihre Meinung zu bestimmten Themen in Umfragen platzieren möchten. Bei den folgenden Ergebnissen gilt es somit stärker als bei Zufallsstichproben, eine mögliche Selektivität im Antwortverhalten der Befragten zu beachten.⁷ Um die Robustheit der im vorliegenden Bericht dokumentierten Einstellungen zu untersuchen, wurden die

⁶ Insgesamt waren im Jahr 2023 gut 5 Prozent der Menschen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren sogenannte „Offliner“, das heißt sie hatten nach Selbstauskunft noch nie das Internet genutzt (Statistisches Bundesamt, 2024). Am größten war der Anteil der „Offliner“ in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen mit rund 15 Prozent, gegenüber 2 Prozent unter den 16- bis 44-Jährigen.

⁷ Gegenüber Face-to-Face-Umfragen und Telefoninterviews kann eine Online-Befragung wiederum den Vorteil haben, dass sozial erwünschtes Antwortverhalten geringer ausgeprägt ist.

Berechnungen jeweils auch mit unterschiedlichen Anpassungsgewichten durchgeführt, die beispielsweise die Verteilung der Schulabschlüsse und den Anteil der über 70-Jährigen gemäß Mikrozensus berücksichtigen sowie die Stichprobe gemäß Sonntagsfrage anpassen, die auf Zufallsstichproben basieren. Die Verwendung dieser unterschiedlichen Anpassungsgewichte führt zu keinen substantziellen Abweichungen von den im Folgenden dargestellten Ergebnissen. Da die Einstellungen der Befragungsteilnehmenden in den Teilgruppen jedoch möglicherweise ein selektives Abbild der jeweiligen Grundgesamtheiten darstellen, ist unklar, ob eine Hochgewichtung spezifischer Merkmale etwaige Selektivitäten in unbeobachteten Merkmalen korrigieren kann (Fladmoe/Bergh, 2022). Die Ergebnisse im vorliegenden Bericht werden daher jeweils ungewichtet ausgewiesen.

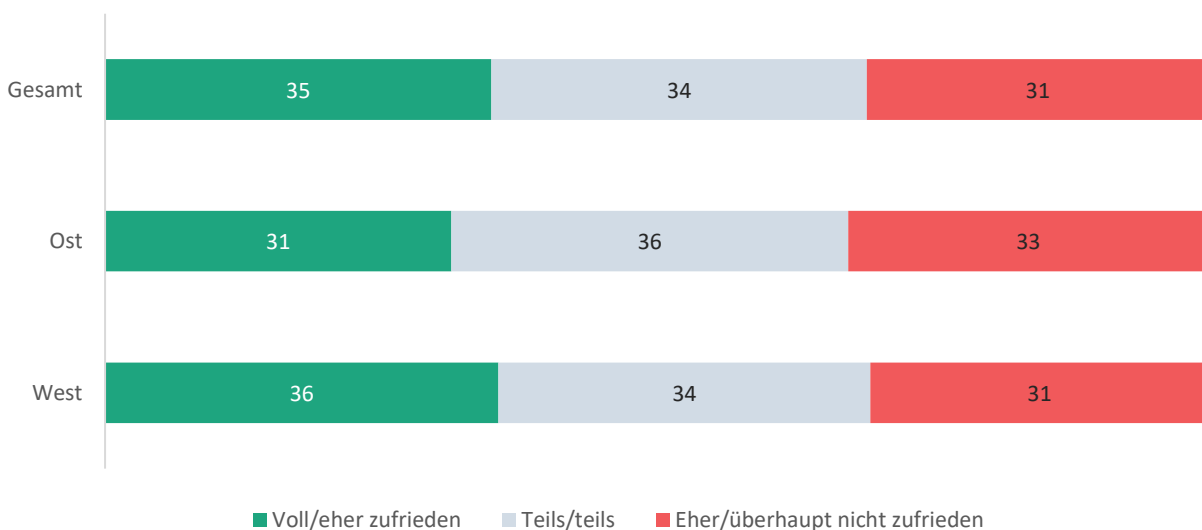
Quelle: in Anlehnung an Diermeier et al., 2024

4.1 Subjektive Wahrnehmung der Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt

Der vorherige Abschnitt hat die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt und insbesondere dessen Krisenfestigkeit in Zeiten von Pandemie und Energiepreissprüngen während der vergangenen zehn Jahre herausgearbeitet. Nicht zuletzt in Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote zwischen 2013 und 2023 gerade einmal in vier Landkreisen (leicht) angestiegen. Bei der Einordnung der Wahrnehmung durch die Bevölkerung muss dabei beachtet werden, dass Menschen durchaus unzufrieden sein können, weil sie sich rückblickend eine noch positivere Entwicklung erhofft hatten oder eher die (noch immer) schwierige aktuelle wirtschaftliche Situation bewerten und weniger den vorherigen Abbau der Arbeitslosigkeit. Bekannt ist zudem, dass Befragungen zu Arbeitslosenquoten durchweg eine massive Überschätzung der offiziellen Statistiken zu Tage fördern (Diermeier/Niehues, 2019).

Abbildung 4-1: Subjektive Einschätzung der Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes

Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (etwa mit der Arbeitslosenquote) in Ihrem Landkreis/Ihrer Stadt während der vergangenen 10 Jahre? Angaben in Prozent



Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=2.617)

Abbildung 4-1 zeigt die Bewertung der Arbeitsmarktmarktentwicklung in der Wohnregion der Befragten während der vergangenen zehn Jahre. Entgegen der positiven objektiven Entwicklung ist der Anteil der

Unzufriedenen erheblich. Insgesamt steht dem Bevölkerungsanteil von 35 Prozent der Zufriedenen eine veritable Gruppe von knapp 31 Prozent Unzufriedenen gegenüber (Rest: 34 Prozent „teils/teils“).

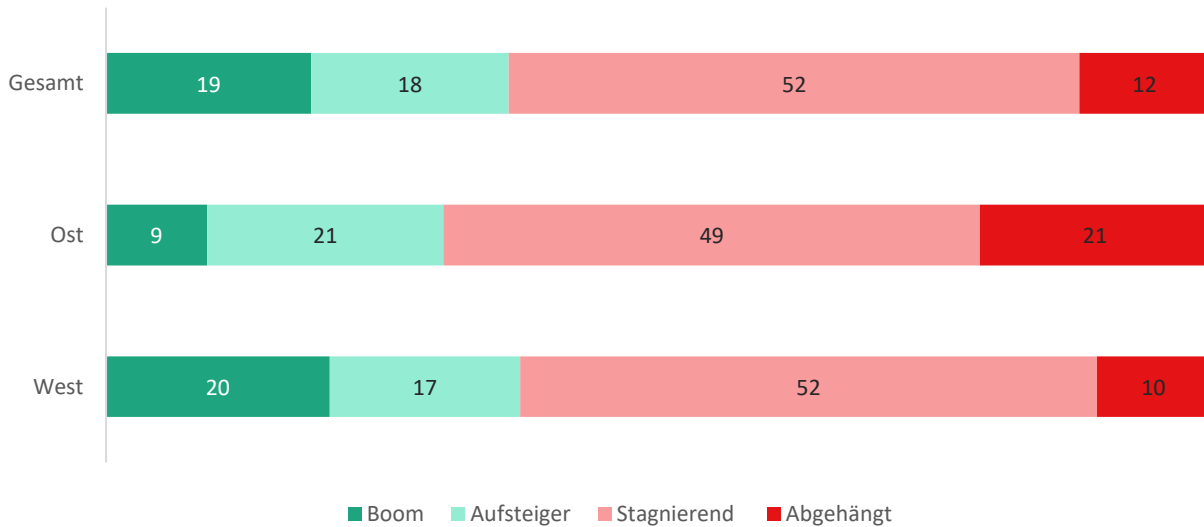
Diese Stimmungslage reproduziert sich mit geringen Abweichungen in den westdeutschen Bundesländern. Zwar liegt die Arbeitslosenquote im Jahr 2023 im Durchschnitt der betrachteten Kreise mit 5,9 Prozent etwas niedriger als in den ostdeutschen Bundesländern (6,7 %), doch ist der Anteil der Kreise mit großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt (bspw.: Arbeitslosenquote > 10 %) größer als im Osten. Gleichzeitig ist die bereits beschriebene Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre im Westen mit einem durchschnittlichen Abbau der Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2,7 Prozentpunkten im Osten deutlich weniger dynamisch verlaufen. Dass sich Teile der westdeutschen Wohnbevölkerung unzufrieden mit der Arbeitsmarktentwicklung zeigen, ist demnach nachvollziehbar. Dass die Gruppe aber ein Drittel der Befragten umfasst, war auch in Anbetracht der objektiven Kennzahlen nicht zu erwarten. Positiver fällt die Stimmung in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg aus mit einer respektiven Zufriedenheit von rund 49 Prozent, 44 Prozent beziehungsweise 37 Prozent; die Unzufriedenheit überwiegt hingegen in Nordrhein-Westfalen (37 %) mit seinen notorisch wirtschaftsschwachen Räumen.

Noch erstaunlicher ist der Pessimismus, der sich in Ostdeutschland zeigt. Dort ist der Rückgang der Arbeitslosenquote in den vergangenen zehn Jahren besonders stark ausgefallen. Insgesamt stehen sich die Zufriedenen und Unzufriedenen in zwei praktisch gleich großen Gruppen gegenüber. In den ostdeutschen Flächenländern, in denen im September 2024 keine Wahlen anstehen (Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern), ist die Gruppe der Zufriedenen sogar noch kleiner. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg blicken die Menschen etwas zufriedener auf die regionalen Arbeitsmärkte. Das liegt insbesondere an einer besonders wohlwollenden Perzeption in Brandenburg (zufrieden: 40 %). Während sich in Sachsen noch ein Drittel zufrieden zeigt, liegt der Anteil in Thüringen nur bei 23 Prozent. Weitere Auswertungen zeigen zudem, dass auch die Entwicklung auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt von Befragten in Thüringen im Vergleich aller Bundesländer am negativsten eingeschätzt wird.

4.2 Subjektive Kategorisierung der eigenen Region

Die negative Perzeption in einem eigentlich wirtschaftlich aufschließenden Bundesland wie Thüringen sowohl mit Blick auf die eigene Wohnregion als auch hinsichtlich der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung motiviert einen noch tiefergehenden Blick. In Abschnitt 4.1 haben wir unsere Analyse zunächst auf die Wahrnehmung der *Entwicklung* auf dem Arbeitsmarkt beschränkt. In einem weiteren Schritt richtet sich der Blick wie in Kapitel 3 nun auch auf das *Ausgangsniveau*.

Zu diesem Zweck wurden die Teilnehmenden an der IW-Personenbefragung gebeten, ihren Wohnort einem der in Kapitel 2 vorgestellten Regionstypen zuzuordnen. Zur Wahl standen also Boom- und Aufsteigerregionen sowie stagnierende und abgehängte Regionen. Auffällig bei der Auswertung in Abbildung 4-2 ist der hohe Anteil an Befragten, der sich in einer stagnierenden Region verortet. Deutschlandweit trifft dies auf mehr als jede zweite Person zu. Hinzu kommen knapp 12 Prozent, die ihre Region als abgehängt kategorisieren. Am dynamischen Ende der Skala geben 18 respektive 19 Prozent an, in einer Boom- oder Aufsteigerregion zu wohnen.

Abbildung 4-2: Subjektive Kategorisierung der eigenen regionalen Ausgangslage und Entwicklung
Frage: In welchem Regionstyp* würden Sie Ihren Landkreis/Ihre Stadt am ehesten einordnen? Angaben in Prozent


***Boom:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteiger:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängt:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung

Die Einschätzung der Entwicklung bezieht sich auf die wirtschaftliche Ausgangslage und Entwicklung der vergangenen zehn Jahre.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

Erneut ähnelt die Kategorisierung in Westdeutschland der gesamtdeutschen relativ stark. Zudem führen erneut Bayern und Hessen die Bundesflächenländer-Rangliste mit dem höchsten Anteil derjenigen an, die sich einer Boomregion zuordnen. In Niedersachsen und dem Saarland ist eine Einordnung in stagnierende und abgehängte Regionen besonders groß.

Noch größere bundeslandspezifische Unterschiede bestehen in Ostdeutschland: In Brandenburg sehen sich 29 Prozent der Befragten in einer Aufsteigerregion – ostdeutscher Spitzenwert. Gefolgt werden die Brandenburger von den Sachsen, von denen sich 27 Prozent in einer Aufsteigerregion und weitere 13 Prozent in einer Boomregion verorten. In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist die Stimmung noch deutlich trüber: Hier markiert mehr als jede vierte Person die Wohnregion als abgehängt, jede zweite als stagnierend. Nimmt man die objektive Kategorisierung anhand der Arbeitslosenentwicklung als Maßstab, sind in Mecklenburg-Vorpommern jedoch alle Regionen Aufsteigerregionen und in Thüringen wird lediglich Sonneberg objektiv als stagnierend klassifiziert.

5 Objektive Entwicklung versus subjektive Einschätzung

Während Kapitel 3 die objektive regionale wirtschaftliche Lage in den Blick nimmt und die subjektive Wahrnehmung derselben in Kapitel 4 thematisiert wird, sollen nun beide Perspektiven verbunden werden. Dadurch lassen sich anschließend grobe Typisierungen hinsichtlich der Regionsperspektive definieren sowie Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland diesbezüglich ausmachen. In einem dritten Schritt werden die politischen Präferenzen dieser regionalen Einstellungstypen analysiert. Abschließend wird die regionale demographische Entwicklung als zusätzliche Variable mit in den Blick genommen.

5.1 Abgleich von objektiver und subjektiver Regionskategorisierung

Für die Definition der objektiven wirtschaftlichen Lage in der jeweiligen Region beziehen wir uns auf die Ausgangslage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wie in Abschnitt 3.1 dargestellt, und kategorisieren diese ebenfalls nach den vier Regionstypen (Boom, Aufsteiger, Stagnierend, Abgehängt), da auch die subjektive Kategorisierung der eigenen Region stark mit der subjektiven Einschätzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt. Je höher die Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktentwicklung ausfällt, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Region als Boom- beziehungsweise Aufsteigerregion eingestuft wird. Umgekehrt gilt: Wenn die Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktentwicklung geringer ausfällt, wird die Region deutlich eher als abgehängte Region eingestuft. Die Einstufung in vier Regionstypen stellt eine Vereinfachung dar, die in Einzelfällen zu einer Fehlinterpretation führen kann. So werden etwa Hamburg und Mainz gemäß unserer Definition mit Bezug auf den Arbeitsmarkt als abgehängt bezeichnet, während sich etwa das BIP in diesen Regionen positiv entwickelt hat (zum Beispiel infolge des BIP-Boom durch BioNTech in Mainz).

Für die Definition der subjektiven Lage der regionalen Entwicklung greifen wir auf die in der IW-Personenbefragung 2024 erfasste Wahrnehmung der eigenen Region zurück (siehe Kapitel 4). Abbildung 5-1 zeigt jeweils für Ost- und Westdeutschland für die objektiven Regionskategorien, wie sich diese auf die subjektiven Regionskategorisierungen verteilen.⁸ So schätzen in Ostdeutschland rund 21 Prozent der Befragten in Aufsteigerregionen ihre Region auch subjektiv als Aufsteigerregion ein. Nur in dieser Bevölkerungsgruppe wird der objektive regionale Aufstieg auch subjektiv korrekt wahrgenommen. Hingegen nimmt mit 49 Prozent fast die Hälfte der Befragten in ostdeutschen Aufsteigerregionen ihre Wohnregion subjektiv als stagnierend und sogar zu 21 Prozent als abgehängt wahr. In diesen Fällen wird der objektive regionale Aufstieg nicht wahrgenommen. Vielmehr wird die wirtschaftliche Entwicklung negativer wahrgenommen als sie tatsächlich ist. In Summe überwiegt in ostdeutschen Aufsteigerregionen somit eine der Lage vor Ort nicht entsprechende negative Perzeption.

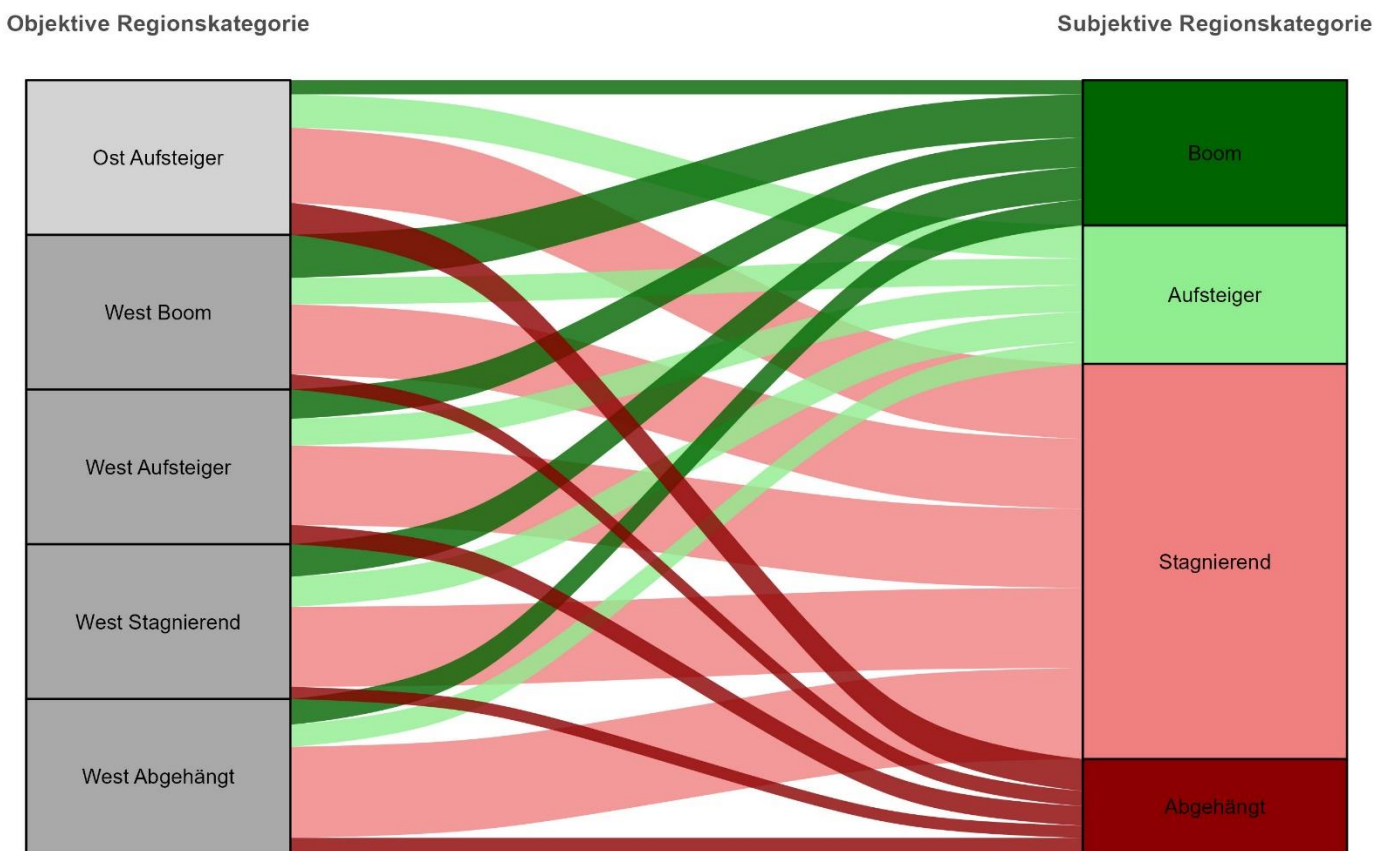
In Westdeutschland ist der Anteil, der die Entwicklung in einer Aufsteigerregion auch subjektiv als positiv (Aufsteiger oder Boom) bewertet, etwas höher als in Ostdeutschland. Zudem liegt der Anteil derer, die jene Regionen in Westdeutschland als abgehängt beurteilen, bei rund 15 Prozent im Vergleich zu knapp 21 Prozent im Osten. In westdeutschen Boomregionen wird die positive Entwicklung am stärksten als solche wahrgenommen. Aber selbst in diesen Regionen teilt knapp 10 Prozent das Empfinden in einer abgehängten Region zu leben. Überraschend ist zudem, dass in Westdeutschland die subjektive Bewertung in stagnierenden Regionen jener in Aufsteigerregionen sehr ähnlich ist – gar in der Tendenz etwas positiver. In abgehängten

⁸ In Ostdeutschland gilt gemäß der vorliegenden Definition lediglich der Kreis Sonneberg als objektiv stagnierend. Da in der IW-Personenbefragung lediglich zwei Personen aus dem Kreis Sonneberg stammen, bildet dies keine repräsentative Datengrundlage. Daher wird der Kreis bei der folgenden Auswertung nicht berücksichtigt.

Regionen in Westdeutschland ist der Anteil derer, die die eigene regionale Entwicklung auch subjektiv negativ (stagnierend oder abgehängt) bewerten am höchsten. Eine negative regionale Entwicklung wird also in der Tendenz auch eher subjektiv korrekt wahrgenommen. Dem steht die stark negative Bewertung in Aufsteigerregionen gegenüber. Grund hierfür könnte sein, dass dem unterdurchschnittlichen Ausgangsniveau dieser Regionen in der subjektiven Bewertung ein höheres Gewicht beigemessen wird als der überdurchschnittlichen Entwicklung. Dies würde auch erklären, warum in Boomregionen, die ebenfalls über ein überdurchschnittliches Ausgangsniveau verfügen, die positive objektive Entwicklung eher wahrgenommen wird.

Abbildung 5-1: Abgleich objektiver* versus subjektiver Regionskategorisierung**

Anteil in Prozent



*Objektive Regionskategorisierung gemäß der Ausgangslage und der Entwicklung der regionalen Arbeitslosenquote (siehe Abbildung 3-3 und Abbildung 2-1); hier zusätzlich nach Ost- und West differenziert für die Zuteilung mit den Medianwerten als Grenze (ohne Addition oder Subtraktion des IQR), so dass alle Regionen flächendeckend zugeteilt sind.

**Subjektive Regionskategorisierung entspricht der Einschätzung der Befragten aus der IW-Personenbefragung 2024.

Boom-/Spitzenregionen: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteigerregionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende Regionen:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängte/gefährdete Regionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung

Datenquelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

5.2 Typisierung der Regionsperspektive

Durch den Abgleich der objektiven und der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Region, lassen sich grob drei Typen hinsichtlich der Regionsperspektive ausmachen:

- **Übereinstimmung der Regionsperspektive** („Realisten“): Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Regionskategorisierung; Personen, die objektiv in einer Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteigerregion ein und vice versa; Personen, die objektiv in einer abgehängten leben, schätzen ihre Region subjektiv als stagnierende Region ein und vice versa.
- **Überschätzung der Regionsperspektive** („Optimisten“): Personen, die objektiv in einer abgehängten oder stagnierenden Region leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteiger- oder Boomregion ein.
- **Unterschätzung der Regionsperspektive** (Pessimisten“): Personen, die objektiv in einer Aufsteiger- oder Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als abgehängte oder stagnierende Region ein.

Abbildung 5-2 stellt das Ergebnis dieser Auswertung der Typisierung dar.⁹ Insgesamt überwiegen die „Realisten“, bei denen die objektive und die subjektive Regionskategorisierung übereinstimmt, mit einem Anteil von knapp unter 50 Prozent. Von gut einem Drittel wird die Regionsperspektive unterschätzt, während lediglich bei knapp 17 Prozent der Befragten eine Überschätzung vorliegt.

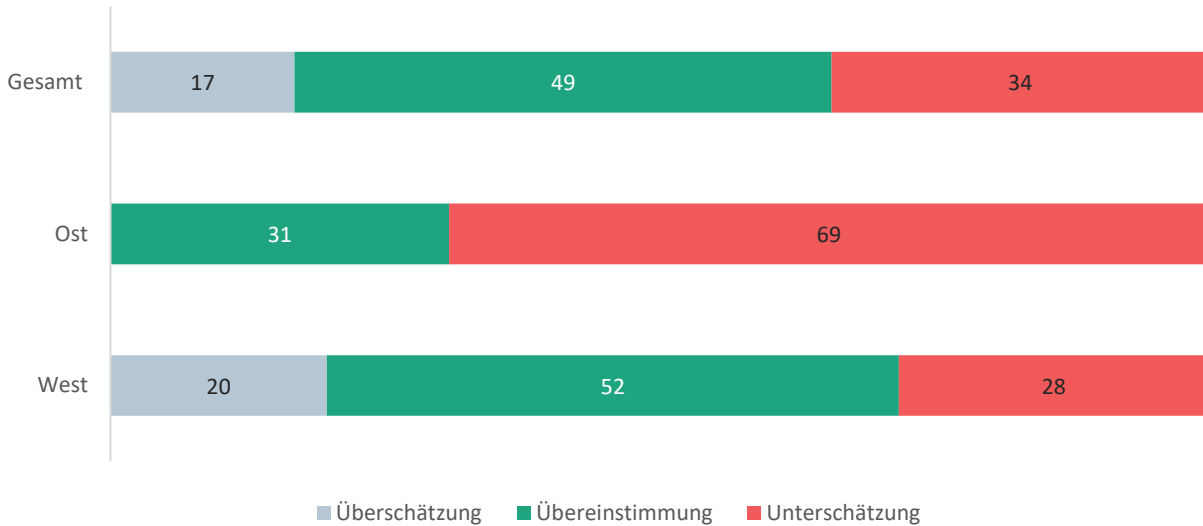
In den westdeutschen Bundesländern ist etwas mehr als jeder zweite Befragte ein Realist. Im Vergleich der Bundesflächenländer ist dieser Anteil mit knapp 60 Prozent besonders hoch in Hessen sowie im Saarland (58 %) und in Baden-Württemberg (57 %). Der Anteil der „Unterschätzer“ fällt hingegen geringer aus als im bundesweiten Durchschnitt. Im Vergleich der Flächenländer ist diese Gruppe in Schleswig-Holstein (47 %) am größten und in Baden-Württemberg mit rund 10 Prozent am niedrigsten. Knapp jeder fünfte Befragte kann zudem im Westen als „Überschätzer“ eingestuft werden. Spitzenreiter ist hier erneut Baden-Württemberg mit 33 Prozent.

Im Kontrast dazu liegt der Anteil der Realisten in Ostdeutschland deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt (knapp 31 %). Am höchsten liegt er noch in Sachsen mit knapp 41 Prozent, während er lediglich knapp 14 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern erreicht, was mit deutlichem Abstand auch im bundesweiten Vergleich der Minimalwert ist. Der Rest der Befragten in Ostdeutschland (69 %) ist in Bezug auf die wirtschaftlichen Veränderungen am Wohnort pessimistischer, als die tatsächliche Entwicklung es begründen würde. Dass gerade im besonders ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern der Pessimismus überwiegt, könnte den Befund bekräftigen, dass Stadt-Land-Differenzen gerade „in Ostdeutschland zu einer zentralen politischen Spaltungslinie werden“ (Mau, 2024, 101). Tatsächlich lassen sich 83 Prozent der Menschen, die in Ostdeutschland im ländlichen Raum leben, als „Unterschätzer“ klassifizieren – in den Städten aber nur 59 Prozent. Im Westen sind die Unterschiede mit 31 Prozent der Städter und 25 Prozent der Befragten im Ländlichen als „Unterschätzer“ deutlich geringer, und das Verhältnis ist sogar umgekehrt.

⁹ Anzumerken ist, dass es gemäß dieser Definition in Ostdeutschland lediglich im Kreis Sonneberg eine Überschätzung der Regionsperspektive geben kann, da dies im Beobachtungszeitraum der einzige stagnierende Kreis in Ostdeutschland ist, wenn man die Ausgangslage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab nimmt. Jedoch kann über die regionale Entwicklung im Kreis Sonneberg aufgrund der geringen Beobachtungszahl in der der IW-Personenbefragung (N=2) keine Aussage getroffen werden.

Abbildung 5-2: Typisierung der Regionsperspektiven durch Abgleich der objektiven und subjektiven Regionalkategorisierung

Angaben in Prozent



Übereinstimmung: Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Regionalkategorisierung; Personen, die objektiv in einer Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteigerregion ein und vice versa; Personen, die objektiv in einer abgehängten leben, schätzen ihre Region subjektiv als stagnierende Region ein und vice versa. **Überschätzung:** Personen, die objektiv in einer abgehängten oder stagnierenden Region leben schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteiger- oder Boomregion ein. **Unterschätzung:** Personen, die objektiv in einer Aufsteiger- oder Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als abgehängte oder stagnierende Region ein.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

5.3 Politische Präferenzen: Pessimismus sammelt sich an politischen Rändern

Regionale sozio-tropische Unterschiede sind insbesondere in Ostdeutschland maßgeblich für die Erklärung von Wählerpräferenzen.¹⁰ Während die AfD-Sympathisanten im ländlichen Raum im Osten ganze 37 Prozent der Gesamtwählerschaft ausmachen, kommt die Partei innerhalb der Städte gerade einmal auf 20 Prozent. Gegenteiliges gilt für die Grünen, die innerhalb der Städte noch auf ein Wahlergebnis von rund 14 Prozent hoffen dürfen, im Ländlichen aber deutlich unter der 5%-Marke liegen. Im Westen fallen diese Unterschiede deutlich geringer aus (AfD: Stadt 12 % vs. Land 19 %; Grüne: Stadt 20 % vs. Land 14 %).

Entsprechend schlussfolgert Mau (2024), die AfD habe es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, ein gerade im Ländlichen verankertes „spezifisch ostdeutsches Zurücksetzungsgefühl“ (Mau, 2024, 82) zu aktivieren. Deren Repräsentanten werfen den etablierten Parteien immer wieder erfolgreich vor, (Ost-)Deutschland abgewirtschaftet zu haben. „Viele Wählerinnen und Wähler sind in eine Art der emotionalen Buchführung hineingerutscht, bei der Unzufriedenheiten, Enttäuschungen und negative Erfahrungen allgemein auf das Konto der Rechtspopulisten einzahlen“ (Mau, 2024, 107).

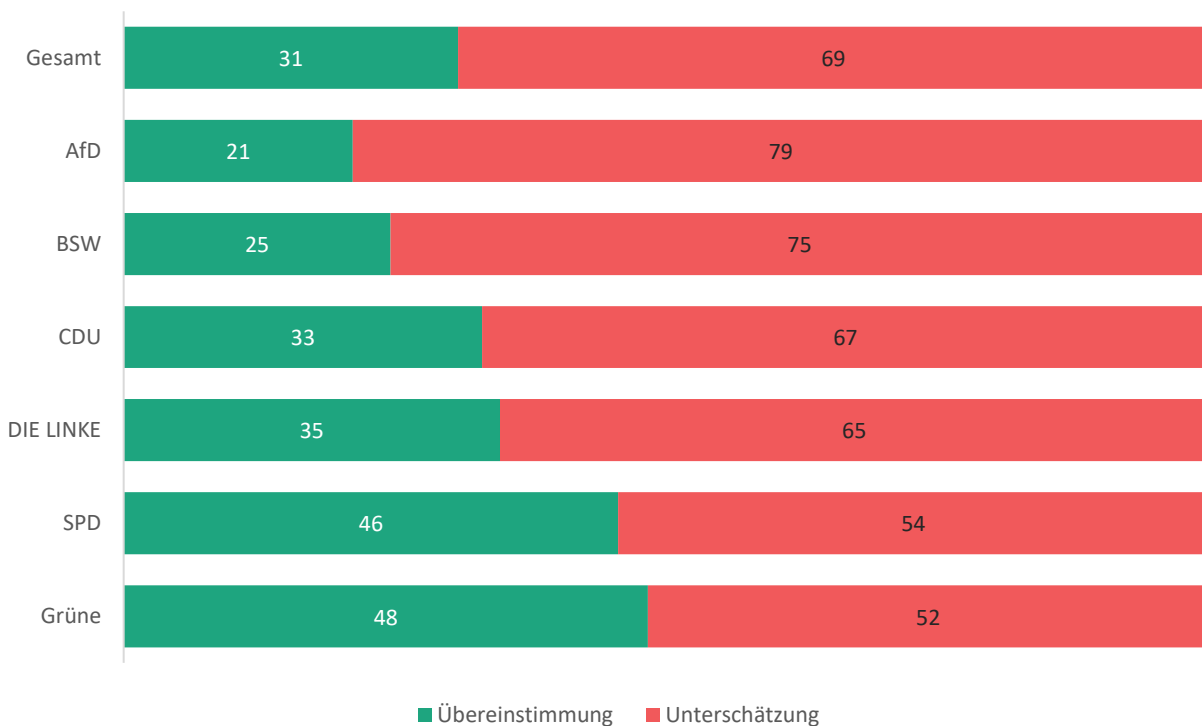
¹⁰ Die im folgenden diskutierten Wahlpräferenzen wurden durch die Sonntagsfrage in der IW-Personenbefragung 2024 erfasst (siehe Kasten 4-1).

Abbildung 5-3 spiegelt diese Interpretation empirisch: Der wohnortspezifische Pessimismus ist auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der ostdeutschen AfD-Anhängerschaft besonders stark ausgeprägt: Nur gut jeder Fünfte bewertet den Arbeitsmarkt entsprechend der tatsächlichen positiven Entwicklung. Am zweitstärksten verankert ist der Pessimismus unter den BSW-Anhängern (75 %). Mit einigem Abstand folgen CDU (67 %) und Linke (65 %). Als traditioneller politischer Antagonist der AfD findet sich die Grünen-Anhängerschaft am anderen Ende des Parteienspektrums. Dass sich auch innerhalb dieser Gruppe allerdings eine Mehrheit (52 %) pessimistischer zeigt, als die tatsächlich positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hätte vermuten lassen, deutet an, wie weit das Narrativ des wirtschaftlich zurückbleibenden Ostens verfangen hat.

Folglich weisen die Parteianhängerschaften in Westdeutschland quer durch das Parteiensystem einen optimistischeren Blick auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung auf. Trotzdem zeigt Abbildung 5-4 dieselbe Reihung wie im Osten, betrachtet man die Anteile der Pessimisten in den Parteianhängerschaften. Die Unterschiede zwischen den Anhängerschaften fallen im Westen jedoch deutlich geringer aus als im Osten.

Abbildung 5-3: Politische Präferenzen nach regionalen Einstellungstypen: Ostdeutschland

Angaben in Prozent



Übereinstimmung: Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Regionskategorisierung; Personen, die objektiv in einer Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteigerregion ein und vice versa; Personen, die objektiv in einer abgehängten leben, schätzen ihre Region subjektiv als stagnierende Region ein und vice versa. **Überschätzung:** Personen, die objektiv in einer abgehängten oder stagnierenden Region leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteiger- oder Boomregion ein. **Unterschätzung:** Personen, die objektiv in einer Aufsteiger- oder Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als abgehängte oder stagnierende Region ein.

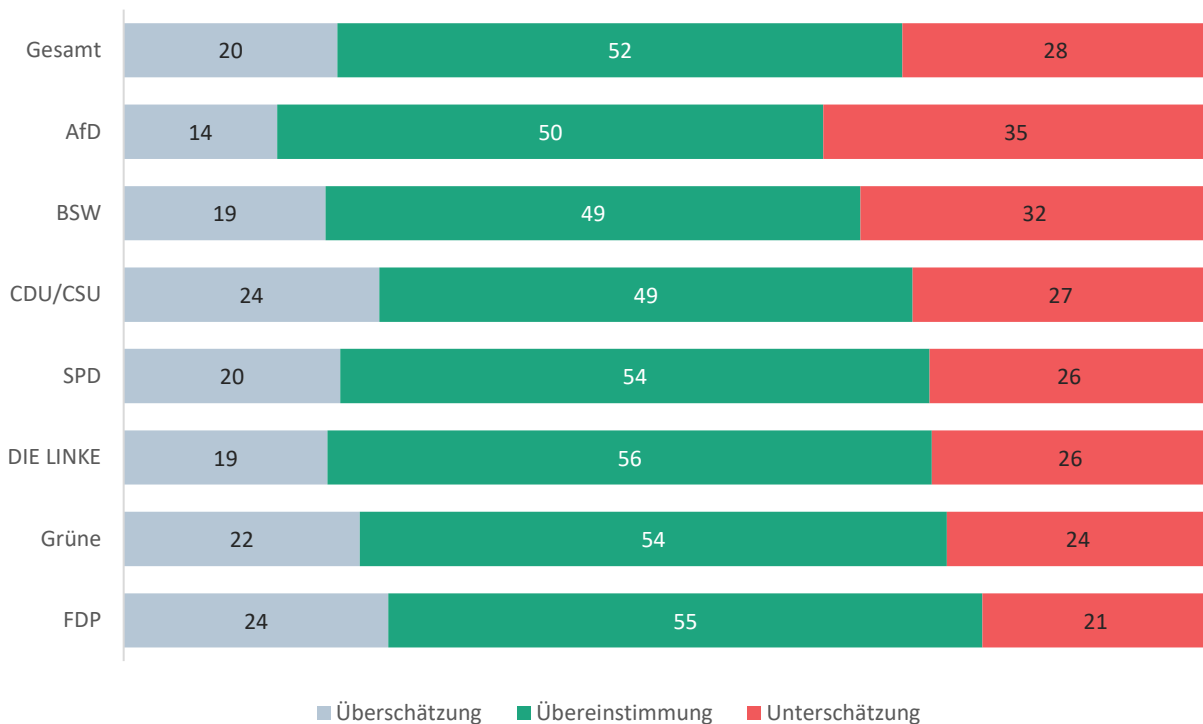
BSW: Bündnis Sahra Wagenknecht

Die Wahlpräferenzen wurden durch die Sonntagsfrage in der IW-Personenbefragung 2024 erfasst (siehe Kasten 4-1).

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

Abbildung 5-4: Politische Präferenzen nach regionalen Einstellungstypen: Westdeutschland

Angaben in Prozent



Übereinstimmung: Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Regionskategorisierung; Personen, die objektiv in einer Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteigerregion ein und vice versa; Personen, die objektiv in einer abgehängten leben, schätzen ihre Region subjektiv als stagnierende Region ein und vice versa. **Überschätzung:** Personen, die objektiv in einer abgehängten oder stagnierenden Region leben schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteiger- oder Boomregion ein. **Unterschätzung:** Personen, die objektiv in einer Aufsteiger- oder Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als abgehängte oder stagnierende Region ein.

BSW: Bündnis Sahra Wagenknecht

Die Wahlpräferenzen wurden durch die Sonntagsfrage in der IW-Personenbefragung 2024 erfasst (siehe Kasten 4-1).

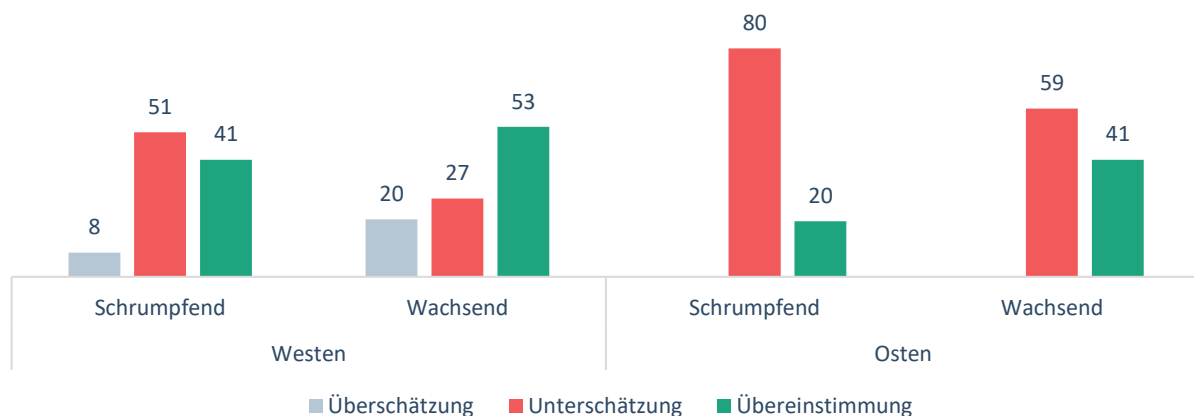
Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

5.4 It's the demography, stupid

Der auffallend hohe Anteil an Pessimisten in Ostdeutschland wirft die Frage auf, weshalb sich gerade hier eine negative Perzeption der ökonomischen Entwicklung derart ausgehärtet hat. Die Analyse der sozio-demographischen regionalen Entwicklung in Kapitel 3 hat in vielen Regionen Ostdeutschlands insbesondere eine vergangene und zukünftige demographische Entwicklung zu Tage gefördert, die auf strukturelle Schwierigkeiten hindeutet (Abbildung 3-7). Bezüglich der Emigration aus osteuropäischen Regionen zeichnet nicht zuletzt Ivan Krastev (2017) eindrücklich die wahrgenommene kulturelle und ökonomische Entwertung der zurückbleibenden Bevölkerung in Räumen starker Abwanderung nach. Aufgrund des Einflusses von Abwanderung auf die gesellschaftspolitische Stimmung in einer Region liegt ein Zusammenhang zwischen Bevölkerungsschwund und einer übermäßig pessimistischen Einschätzung der – eigentlich positiven – wirtschaftlichen Situation nahe. Abbildung 5-5 stellt daher die Verteilung der Einstellungstypen für schrumpfende und wachsende Regionen jeweils für Ost- und Westdeutschland dar. Als schrumpfend werden dabei solche Regionen bezeichnet, deren Bevölkerung im Jahr 2022 gegenüber 2012 gesunken ist. Umgekehrt wird als wachsende Regionen klassifiziert, wenn die Bevölkerung im Jahr 2022 gegenüber 2012 gewachsen ist.

Sowohl für Ost- wie für Westdeutschland gilt, dass der Anteil der Pessimisten in schrumpfenden Regionen höher ist als in wachsenden – im Westen sogar fast doppelt so hoch. Wiederum ist der Anteil der Realisten in wachsenden Regionen in beiden Landesteilen höher. Schließlich ist in Westdeutschland auch der Anteil an Optimisten in wachsenden Regionen mehr als doppelt so hoch wie in schrumpfenden. Dies bestätigt somit die Vermutung, dass die demographische Entwicklung auch auf die Gesamtperzeption der sozio-ökonomischen Lage einer Region abfärbt.

Abbildung 5-5: Regionale Einstellungstypen und demographische Entwicklung: Ost- und Westdeutschland
Angaben in Prozent

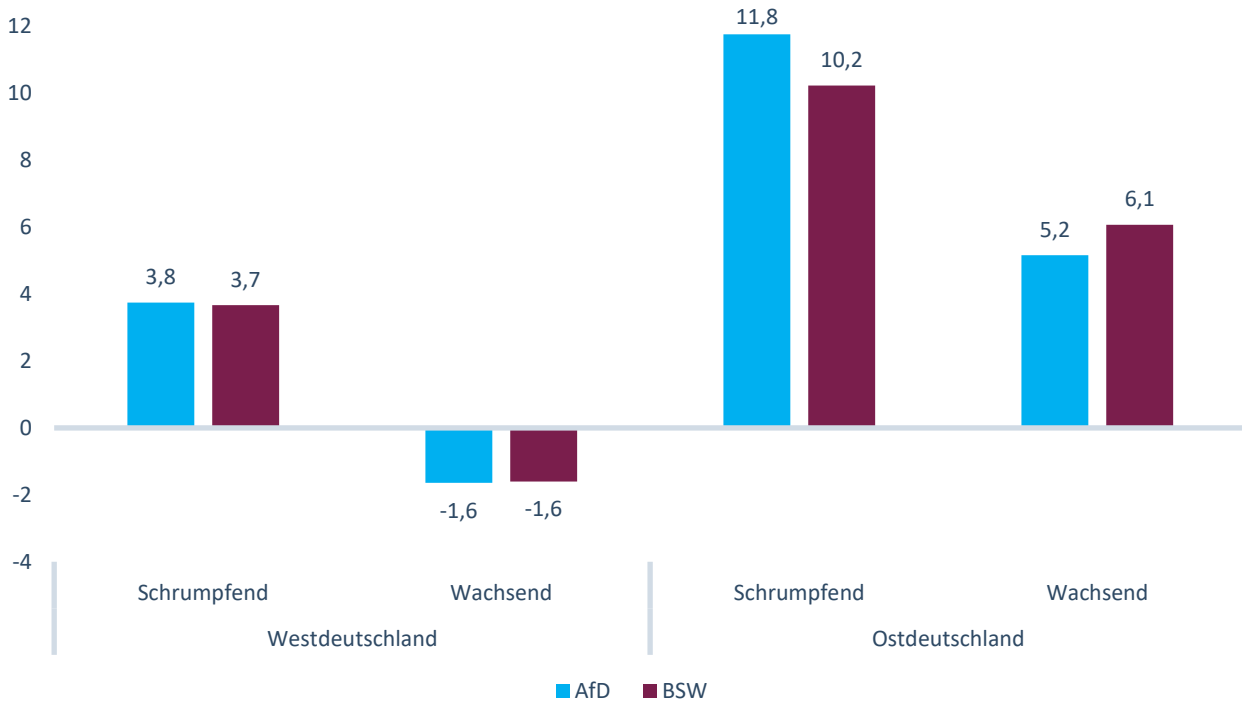


Übereinstimmung: Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Regionskategorisierung; Personen, die objektiv in einer Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteigerregion ein und vice versa; Personen, die objektiv in einer abgehängten leben, schätzen ihre Region subjektiv als stagnierende Region ein und vice versa. **Überschätzung:** Personen, die objektiv in einer abgehängten oder stagnierenden Region leben schätzen ihre Region subjektiv als Aufsteiger- oder Boomregion ein. **Unterschätzung:** Personen, die objektiv in einer Aufsteiger- oder Boomregion leben, schätzen ihre Region subjektiv als abgehängte oder stagnierende Region ein.

Schrumpfend: Bevölkerung im Jahr 2022 geringer als im Jahr 2012; **Wachsend:** Bevölkerung im Jahr 2022 höher als im Jahr 2012.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

Vergleicht man jeweils die Verteilung der Einstellungstypen in schrumpfenden bzw. wachsenden Regionen im Westen und im Osten, fällt der eklatant höhere Anteil an Pessimisten im Osten auf. In wachsenden Regionen ist er mehr als doppelt so hoch wie im Westen und übersteigt auch den Anteil der Realisten in diesen Regionen deutlich, während diese im Westen in wachsenden Regionen die klare Mehrheit stellen. Obgleich eine positive demographische Entwicklung somit auch im Osten noch eine Wirkung bei der Wahrnehmung der eigenen Region zeigen mag, so ist diese deutlich geringer. Der allgemeine Pessimismus scheint hier zu überwiegen, weshalb ostdeutsche Räume in Bezug auf die Folgen von Bevölkerungsabwanderung bereits als „Frustregionen“ (Schmalz et al., 2021) tituliert wurden. In einer räumlichen Analyse der Europawahlen 2024 identifizieren Franz et al. (2024) demographische Schwierigkeiten zudem als Hauptkriterium für die Wahl der AfD in Ostdeutschland. Eine große Schwierigkeit, aus der sich insbesondere eine Frustration mit den politischen Verantwortlichen ergeben kann, ist in einer solchen Situation beispielsweise das Aufrechterhalten eines angemessenen Angebots mit lokaler Daseinsvorsorge (Diermeier, 2020). Diese umfasst etwa die (frühkindlichen) Bildungsangebote, die Anbindung an den ÖPNV, aber ebenso die Angebote von privaten Initiativen, die für die abwechslungsreiche Freizeitgestaltung unumgänglich sind. Mit einer schrumpfenden Bevölkerung ergeben sich nicht zuletzt in diesen Fragen häufig Probleme, zufriedenstellende Angebote aufrechtzuerhalten.

Abbildung 5-6: Politische Präferenzen in schrumpfenden und wachsenden Regionen in Ost- und Westdeutschland
Abweichungen zum deutschlandweiten Durchschnitt, in Prozentpunkten


Schrumpfend: Bevölkerung im Jahr 2022 geringer als im Jahr 2012 (Ost: N=372; West: N=166); **Wachsend:** Bevölkerung im Jahr 2022 höher als im Jahr 2012 (Ost: N=426; West: N=4.386).

Die Wahlpräferenzen wurden durch die Sonntagsfrage in der IW-Personenbefragung 2024 erfasst (siehe Kasten 4-1).

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.349)

Abbildung 5-6 bekräftigt, dass AfD und BSW gerade in schrumpfenden Regionen ihre Hochburgen ausbilden. Ebenso zeigt sich, dass die Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Kräften in Regionen mit demographischen Schwierigkeiten keinen ostdeutschen Sonderfall charakterisiert. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland resonieren die populistischen Angebote der politischen Ränder in Regionen deutlich besser, die mit Abwanderung zu kämpfen haben. In Ostdeutschland beträgt der Unterschied zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen in der Zustimmung zur AfD 6,6 Prozentpunkte, zum BSW 4,2 Prozentpunkte. In Westdeutschland fällt der Unterschied in der Parteineigung zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen für die AfD mit 5,4 Prozentpunkten etwas niedriger und für das BSW mit 5,3 Prozentpunkten etwas höher aus. Insgesamt kommt die AfD in den schrumpfenden ostdeutschen Kreisen auf eine um 11,8 Prozentpunkte höhere Zustimmung als im Bundesdurchschnitt – für das BSW liegt diese Differenz bei einem Plus von 10,2 Prozent. Alle anderen größeren Parteien, mit der Ausnahme der Linken in Ostdeutschland, fahren hingegen in wachsenden Regionen bessere Ergebnisse ein.

Abbildung 5-6 zeigt die politischen Präferenzen auf Basis der Antworten auf die allen Teilnehmenden an der IW-Personenbefragung vorgelegten Sonntagsfrage für eine Bundestagswahl. Das Ergebnis deckt sich jedoch mit den amtlichen Wahlergebnissen der letzten bundesweit abgehaltenen Wahl – der zum Europaparlament im Juni 2024. In Ost- wie in Westdeutschland schneidet die AfD in schrumpfenden Regionen besser ab: In Ostdeutschland kommt sie dort etwa auf knapp 34 Prozent, in wachsenden auf 26 Prozent.

6 Diskussion und Fazit

Trotz der wirtschaftlichen Aufholprozesse einer Vielzahl ostdeutscher Regionen und einer positiven Arbeitsmarktentwicklung, die sich dort während der vergangenen zehn Jahre in der Breite nachzeichnen lassen, zeigt sich nur eine Minderheit der Ostdeutschen zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Vielfach wird die eigene Region als „stagnierend“ oder gar als „abgehängt“ empfunden. Setzt man diese Wahrnehmung ins Verhältnis zur tatsächlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, welcher häufig als Gradmesser regionaler ökonomischer Disparitäten herangezogen wird, zeigt sich ein ausgeprägter Pessimismus. Grundsätzlich ist eine pessimistische Fehlwahrnehmung des Arbeitsmarktes tief in der Bevölkerung verankert (Diermeier/Niehuus, 2019). Allerdings lassen sich deutliche geographische Unterschiede darin erkennen, wie Menschen die Verhältnisse am eigenen Wohnort bewerten. Fast sieben von zehn Befragten in Ostdeutschland zeigen sich in der vorliegenden Analyse übermäßig pessimistisch – im Vergleich zu nicht einmal drei von zehn Personen in Westdeutschland.

Mau (2024) konstatiert über Ostdeutschland, „dass negative Emotionen wie Bitterkeit und Unzufriedenheit immer wieder durchdringen, auch wenn die eigene ökonomische Lage oft durchaus positiv gesehen wird“. Und tatsächlich liegen die Einschätzungen der *individuellen* wirtschaftlichen Lage in Ost und West auch bei den in dieser Analyse erfassten Befragten gar nicht mehr so weit auseinander. Der Soziologe Detlef Pollack (2020) geht in diesem Kontext sogar so weit, die Ostdeutschen als „Das unzufriedene Volk“ zu etikettieren. In seiner Analyse betont er insbesondere die mangelnde Anerkennung im Westen, die für die ostdeutschen Wendeanstrengungen vorherrschte. Die vorliegenden Auswertungen fügen sich in diese Befunde ein, schärfen aber den Blick für die Bedeutung des nähräumlichen ökonomischen Umfelds. So spielt der anhand objektiver Kriterien gemessene übermäßig negative Blick auf das sozio-tropische Umland des eigenen Wohnorts die Frage zurück, weshalb die mittelfristigen ökonomischen Erfolge in der stabilen Selbstwahrnehmung unterzugehen scheinen.

Ein Erklärungsansatz könnte sein, dass die negative Perzeption der demographischen Entwicklung geschuldet ist. Zum einen schlagen hier die zunehmende Alterung, zum anderen die Abwanderung zu Buche und könnten entsprechende Erfolge überstrahlen. In einer Analyse Thüringens wurde mit Blick auf schrumpfende Regionen im Osten des Bundeslandes sogar von „Frustregionen“ gesprochen (Schmalz et al., 2021). Tatsächlich entwickelt sich zur Frage nach den politischen Implikationen von Abwanderung derzeit ein neuer Literaturstrang (Kyriazi et al., 2023). Der Blick auf die politische Stimmung offenbart etwa deutlich stärkere Wahlergebnisse von AfD und BSW in schrumpfenden Regionen, die sich aus den Enttäuschungsreservoirs der Pessimisten nährt (Franz et al., 2024). Zwar besteht dieser Zusammenhang auch im Westen, doch liegt die Vielzahl der Regionen mit Bevölkerungsrückgang im Osten. Absehbar wird sich die Situation in den kommenden Jahren teils dramatisch zuspitzen.

Im Fokus steht damit, insbesondere im ländlichen Ostdeutschland, die Anpassungsprozesse landespolitisch zu gestalten. Zum einen stellt sich die Frage nach einer gezielten Förderung von Daseinsvorsorge (etwa Breitbandinternet, ÖPNV, Bildung etc.), um aktuell schrumpfende Regionen attraktiver für Eingesessene und Zuziehende zu machen. Zum anderen bedarf es gerade in schrumpfenden Räumen einer regionalpolitischen Förderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zukünftige Landesregierungen werden angesichts der demographischen Entwicklung eine Regionalpolitik entwickeln müssen, die die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen adressiert.

Fraglich bleibt, inwiefern solche Bemühungen an den mittlerweile nicht mehr so randständigen Rändern überhaupt noch durchdringen. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (2024), hat kürzlich laut überlegt, wie wirtschaftliche Erfolge in Ostdeutschland an den politischen Rändern überhaupt noch vermittelt werden können. Auftrieb scheinen die Extreme ferner aus einer mangelnden wahrgenommenen Sichtbarkeit der sogenannten „Places that don't matter“ zu bekommen (Arzheimer/Bernemann, 2024). So inszeniert sich auch die AfD, die zudem bezüglich der ökonomischen Entwicklung keine Möglichkeit auslässt, ihr apokalyptisches Untergangsnarrativ aufzulegen, bei dem sie Fakten missachtet und offizielle Statistiken bewusst verächtlich macht (Diermeier, 2024; 2023). Damit sind die etablierten Parteien in einer Art Teufelskreis gefangen: Ihre Erfolge bekommen sie nicht vermarktet. Misserfolge hingegen werden ihnen angekreidet.

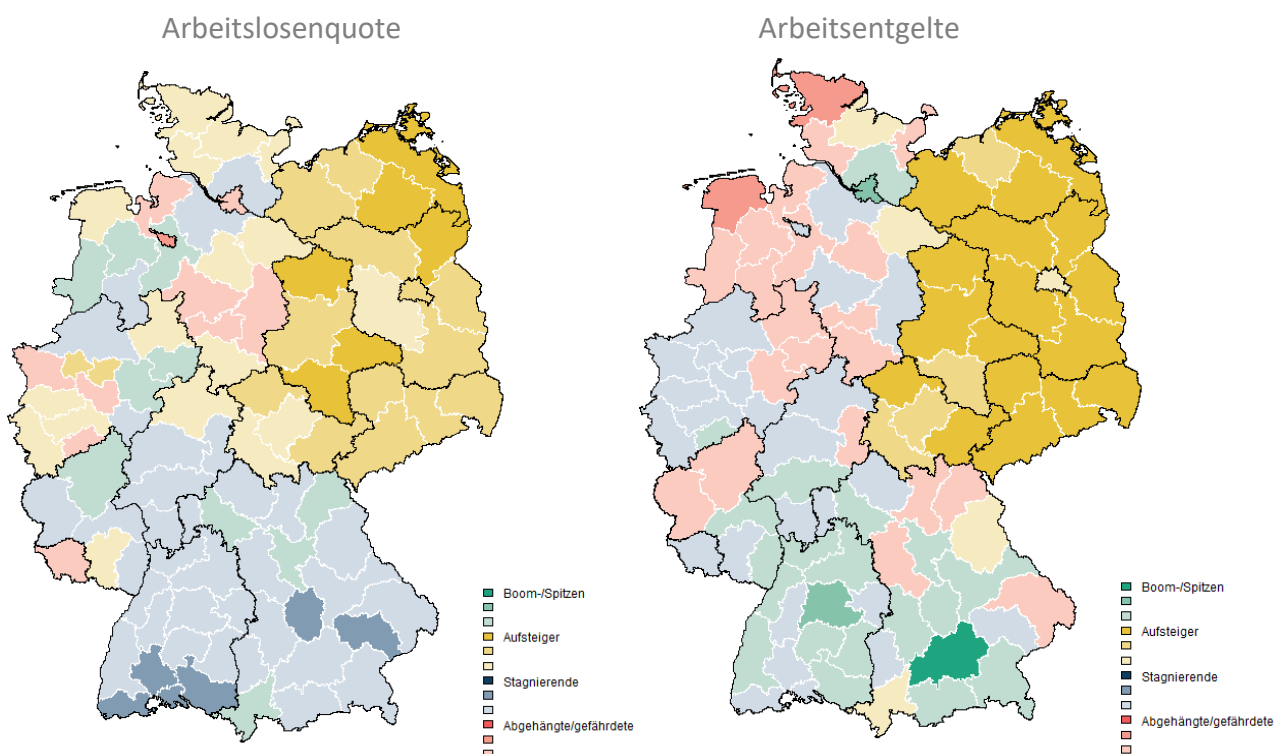
Eine positive Gegenöffentlichkeit kann auch deshalb kaum Fuß fassen, weil das Vertrauen in die öffentlichen Akteure derweil auf einen absoluten Tiefpunkt gefallen ist. In Sachsen geben nur noch 15 Prozent der Menschen an, (sehr großes oder großes) Vertrauen in die Medien zu haben (Sachsen-Monitor, 2023). Die politischen Akteure in Brüssel und Berlin werden ähnlich schlecht bewertet. Da erscheint es geradezu als Lichtblick, dass die Hälfte der Sachsen dem Bürgermeister ihrer Gemeinde oder Stadt (sehr großes oder großes) Vertrauen entgegenbringt. Auch in der Lokalpolitik kommen allerdings die Vertrauensanker ins Rutschen und immer mehr Lokalpolitiker entziehen sich dem Stigma, auf dem Ticket etablierter Parteien unterwegs zu sein. Dabei liegt im erlebten Nahumfeld der Schlüssel dafür, auch Positivnachrichten wahrzunehmen und Erfolge gebührend zu feiern. Gerade mit Blick auf die Wirtschaft braucht es dafür eine neue glaubwürdige zivilgesellschaftliche Allianz, die Probleme klar benennt, aber Erfolge ebenso ausflaggt. Eine besondere Rolle könnte der lokal gut verankerten ostdeutschen Unternehmerschaft zukommen – wenn sie trotz eigener politischer Enttäuschungserfahrungen in ökonomischen Debatten bereit ist, in gesellschaftspolitischen Diskursen eine vermittelnde Position einzunehmen (Bergmann et al., 2024). Dafür muss die Politik jedoch die Grundvoraussetzungen für die zukünftige Standortentwicklung erfüllen. Nur wenn die (Regional-)politik etwa eine angemessene Daseinsvorsorge anbietet, lassen sich in diesen Räumen auch Unternehmen überzeugen, gemeinsam der demographisch-gesellschaftlichen Abwärtsspirale (Oberst, 2020) entgegenzuwirken.

Anhang

Um eine mögliche Verzerrung durch unterschiedliche Stadt-Umland-Saldierungseffekte zu überprüfen, wurde als Robustheitscheck die Analyse mit Daten auf Ebene der Raumordnungsregionen repliziert.

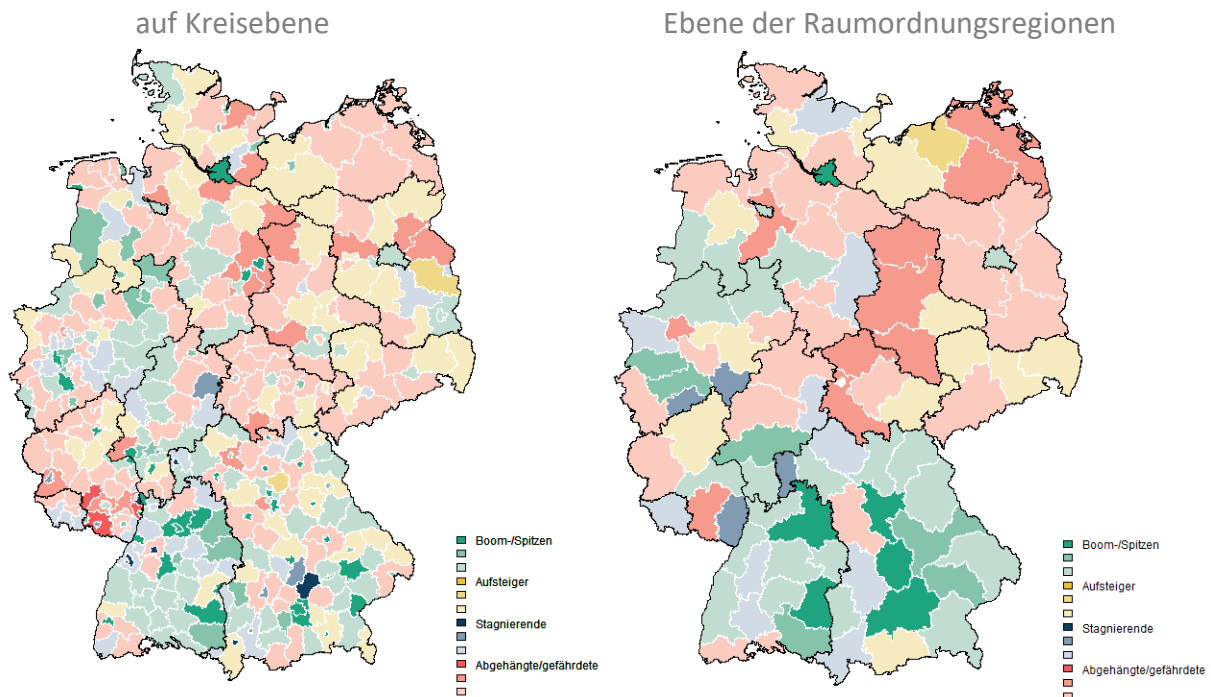
Bei der Auswertung auf Ebene der Raumordnungsregionen zeigt sich erwartungsgemäß ein ähnliches Bild wie bei der Auswertung auf Kreisebene, jedoch insgesamt in geglätteter Form, indem sich die Anzahl an regionalen Ausreißern reduziert. Gerade bei der Arbeitslosenquote ist dies wichtig, da diese in den städtischen Zentren mitunter höher ist als im funktionalen Arbeitsmarktgebiet.

Abbildung A-1: Entwicklungsmatrix Arbeitslosenquote 2013-2023 und Arbeitsentgelte 2014-2022 für Raumordnungsregionen



Zuordnung nach Entwicklungsmatrix in Abbildung 2 1: **Boom-/Spitzenregionen:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteigerregionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende Regionen:** überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängte/gefährdete Regionen:** unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung.

Differenzierung der Zuordnung über Variation der Grenzwerte durch Multiplikation des IQR mit 0, 0,5, 1,0 addiert zum bzw. subtrahiert vom Median (Grenzwerte mit IQR x 1,5 sind nicht abgebildet). Es gilt: je stärker der Farbton, desto höher der angesetzte Grenzwert und eindeutiger das Ergebnis.

Abbildung A-2: Entwicklungsmatrix Entwicklung BIP je Einwohner 2012-2021


Zuordnung nach Entwicklungsmatrix in Abbildung 2 1: **Boom-/Spitzenregionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Aufsteigerregionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und überdurchschnittliche Entwicklung; **Stagnierende Regionen**: überdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung; **Abgehängte/gefährdete Regionen**: unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und unterdurchschnittliche Entwicklung.

Differenzierung der Zuordnung über Variation der Grenzwerte durch Multiplikation des IQR mit 0, 0,5, 1,0 addiert zum bzw. subtrahiert vom Median (Grenzwerte mit IQR x 1,5 sind nicht abgebildet). Es gilt: je stärker der Farbton, desto höher der angesetzte Grenzwert und eindeutiger das Ergebnis.

Abstract

A comparison of regional development

Economic catch-up processes underestimated in Eastern Germany?

Over the past ten years, a clear economic catch-up process can be observed in East Germany in comparison with West Germany. This is shown by the present analysis of unemployment rates and wages at the level of districts and independent cities. Whereas Western German regions show a heterogeneous development, Eastern Germany can be classified as a clear up-and-coming region with only a few exceptions. East and West have moved closer together in terms of both unemployment reduction and wage development.

However, people in Eastern Germany are only to a limited extent aware of these catch-up processes. Despite the significant reduction in unemployment, not even a third of respondents in Eastern Germany in the German Economic Institute's (IW) People Survey 2024 stated that they were satisfied with developments on the domestic labor market over the past ten years; a third were even explicitly dissatisfied. This negative perception is also found when respondents are asked to classify their region of residence into different types of regions: Just one in five East Germans categorize their place of residence as an up-and-coming region in line with objective developments. Almost half of respondents in upwardly mobile regions in Eastern Germany believe that their region of residence is stagnating; 21 percent even perceive themselves as living in a region that has been left behind.

Reasons for East German pessimism can be found in the demographic challenges. Despite positive economic developments, most districts, with the exception of the districts bordering Berlin in Brandenburg, are experiencing strong shrinking processes. This trend will become even more pronounced in the coming years. With the exceptions of a few cities such as Leipzig, Dresden or Schwerin as well as the surrounding areas of Berlin, the East is suffering massively from population decline. In fact, economic pessimism is particularly pronounced in shrinking regions: 80% of respondents there underestimate the economic development of their region of residence; in the West, the figure is 51% - in each case over 20 percentage points more than in the growing regions.

In particular the political fringes manage to mobilize nationwide in areas with a difficult demographic situation. In shrinking regions of Eastern Germany, the Alternative for Germany (AfD) and the Sahra Wagenknecht Alliance (BSW) are achieving absolute majorities, in some cases with ease. There, the demographic difficulties will become even more acute in the future. This development makes it even more difficult to counter the vicious circle of current emigration, pessimism and a disastrous demographic outlook. After all, a successful economy in the East will be more dependent on qualified immigration in the future than anywhere else. With the majority turning to the political extremes that are critical of or even hostile to migration, the only viable way out of the demographic crisis appears to be blocked.

Economic, political and civil society players in Eastern Germany must address both the perception problem (pessimism) and the challenges of demographic change (ageing, shrinkage and vacancies). Problems should be clearly communicated, and successes just as clearly emphasized. Due to the widespread loss of trust in political actors, companies have an important role to play here. Politicians should focus on enabling equal living conditions. Adequate public services are a basic prerequisite for the future development of a region and provide an opportunity to counteract the described downward spiral.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Verteilung Entwicklungstyp Arbeitslosenquote 2013-2023 nach Anzahl Kreise.....	12
Tabelle 3-2: Verteilung Entwicklungstyp Arbeitsentgelte 2014-2022 nach Anzahl Kreise	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Entwicklungsmatrix	8
Abbildung 3-1: Entwicklung Arbeitslosenquote 2013-2023 im Verhältnis zum Ausgangsniveau.....	10
Abbildung 3-2: Entwicklung Arbeitslosenquote 2013-2023 im Verhältnis zum Ausgangsniveau – Fokus Ostdeutschland.....	11
Abbildung 3-3 Verteilung Entwicklungstyp Arbeitslosenquote 2013-2023	12
Abbildung 3-4: Entwicklung BIP 2012-2021 im Verhältnis zum Ausgangsniveau	14
Abbildung 3-5: Entwicklung Arbeitsentgelte 2014-2022 im Verhältnis zum Ausgangsniveau	16
Abbildung 3-6: Entwicklungsmatrix Arbeitsentgelte 2014-2022	17
Abbildung 3-7: Bevölkerungsentwicklung 2012-2022 und Prognose 2022-2040 im Vergleich	18
Abbildung 3-8: Median-Bevölkerungsentwicklung 2012-2022 nach Entwicklungstyp Arbeitslosenquote	19
Abbildung 3-9: Median-Bevölkerungsentwicklung nach Entwicklungstyp Arbeitsentgelte	19
Abbildung 4-1: Subjektive Einschätzung der Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes	21
Abbildung 4-2: Subjektive Kategorisierung der eigenen regionalen Ausgangslage und Entwicklung	23
Abbildung 5-1: Abgleich objektiver* versus subjektiver** Regionskategorisierung	25
Abbildung 5-2: Typisierung der Regionsperspektiven durch Abgleich der objektiven und subjektiven Regionskategorisierung	27
Abbildung 5-3: Politische Präferenzen nach regionalen Einstellungstypen: Ostdeutschland.....	28
Abbildung 5-4: Politische Präferenzen nach regionalen Einstellungstypen: Westdeutschland.....	29
Abbildung 5-5: Regionale Einstellungstypen und demographische Entwicklung: Ost- und Westdeutschland.....	30
Abbildung 5-6: Politische Präferenzen in schrumpfenden und wachsenden Regionen in Ost- und Westdeutschland.....	31
Abbildung A-1: Entwicklungsmatrix Arbeitslosenquote 2013-2023 und Arbeitsentgelte 2014-2022 für Raumordnungsregionen	34
Abbildung A-2: Entwicklungsmatrix Entwicklung BIP je Einwohner 2012-2021	35

Literaturverzeichnis

AfD – Alternative für Deutschland Sachsen, 2024, Damit Sachsen Heimat bleibt!, Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024, Dresden

Arzheimer, Kai / Bernemann, Theresa, 2024, 'Place' does matter for populist radical right sentiment, but how? Evidence from Germany, in: European Political Science Review, 16. Jg., Nr. 2, S. 167-186

Bundesagentur für Arbeit, 2024, Statistik, <https://statistik.arbeitsagentur.de/> [16.8.2024]

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Schröder, Wolfgang, 2024, Germany still divided? Germany still divided? Die Sicht der Unternehmen auf die AfD im ost- und westdeutschen Vergleich, WZB Discussion Paper, ZZ 2024-604

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 2024, Gleichwertigkeitsbericht 2024. Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsbericht-der-bundesregierung-2024.html> [16.8.2024]

BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht Landesverband Thüringen, 2024, Neustart für Thüringen. Damit sich was ändert, BSW-Landtagswahlprogramm für Thüringen, Erfurt

Deschermeier, Philipp / Henger, Ralph / Voigtländer, Michael, 2024, Mehr Wohnungsmangel durch steigende Bedarfe und sinkende Bautätigkeit, Gutachten im Auftrag der Deutsche Reihenhaus AG, Köln

Diermeier, Matthias, 2020, Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30. Jg., S. 539–568

Diermeier, Matthias, 2023, Tailoring the truth – evidence on parliamentarians' responsiveness and misinformation toleration from a field experiment, in: European Political Science Review, 15. Jg., Nr. 2, S. 332-352

Diermeier, Matthias, 2024, Populist Politicians' Rhetoric in 'Private' Communication – Evidence from a Citizens' Enquiry Experiment in Germany, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00385-7>

Diermeier, Matthias / Engler, Jan Felix / Schäfer, Holger, 2023, Zu viel oder zu wenig Reform?: Die öffentliche Verhandlung des Bürgergeldes, in: IW-Trends, 50. Jg., Nr. 1, S. 101-124

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit – Unwissen befördert systemisches Misstrauen, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 2, S. 23-42

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith / Sultan, Samina, 2024, Europa wählt: Wen interessiert's und warum? Einstellungen der Deutschen zur EU-Wahl und Europapolitik, IW-Report, Nr. 29, Köln

FES – Friedrich-Ebert-Stiftung, 2024, Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023, <https://www.fes.de/ungleiches-deutschland> [16.8.2024]

Fladmoe, Audun / Bergh, Johannes, 2022, The use of adjustment weights in voter surveys. Correcting for panel attrition and nonresponse can produce less accurate estimates of voting behavior, in: Electoral Studies, 78. Jg., Artikel 102486

Franz, Christian / Garamow, Adelina / Kritikos, Alexander / Kriwoluzky, Alexander / Fratzscher, Marcel, 2024, Wirtschaft, Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024, in: DIW Wochenbericht, Nr. 30, S. 479-488

Haag, Maïke / Kohlisch, Enno / Koppel, Oliver, 2024, Patentanmeldungen der Hochschulen. Sachsen und Thüringen am leistungsstärksten, IW-Kurzbericht, Nr. 59, Köln

Krastev, Ivan, 2017, Europadämmerung – Ein Essay, Berlin

Kyriazi, Anna / Mendes, Mariana / Rone, Julia / Weisskircher, Manès, 2023, The Politics of Emigration in Europe: A Research Agenda, in: Journal of Common Market Studies, 61. Jg., Nr. 2, S. 563-575

Mau, Steffen, 2024, Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt, Berlin

Oberst, Christian, 2020, Warum es in der Sozialen Marktwirtschaft der Regionalpolitik bedarf, in: Politikum, 6. Jg., Nr. 3, S. 43-49

Oberst, Christian / Kempermann, Hanno / Schröder Christoph, 2019, Räumliche Entwicklung in Deutschland, in: Hüther, Michael / Südekum, Jens / Voigtländer, Michael (Hrsg.), Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, IW-Studie, Köln, S. 87-114

Oberst, Christian / Voigtländer, Michael, 2020, Aufsteigerregionen in Deutschland – Go East! Eine empirische Analyse der Entwicklung deutscher Kreise, IW-Report, Nr. 20, Köln

Pollack, Detlef, 2020, Das Unzufriedene Volk: Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld

Rodríguez-Pose, Andres, 2018, The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). Cambridge Journal of Regions, in: Economy and Society, 11. Jg., Nr. 1, S. 189-209

Sachsen-Monitor, 2023, Ergebnisbericht. Sachsen-Monitor 2023. Für die Sächsische Staatskanzlei, Bonn

Schmalz, Stefan / Hinz, Sarah / Singe, Ingo / Hasenohr, Anne, 2021, Abgehängt im Aufschwung Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland, Frankfurt a. M.

Schneider, Carsten, 2024, Herr Schneider kämpft gegen den Frust, Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ostbeauftragter-carsten-schneider-der-anti-frust-beauftragte-a-4a6cd898-016c-493e-ab22-c3a0c044d0e9> [16.8.2024]

Statistisches Bundesamt, 2024, Regionaldatenbank Deutschland, <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/> [16.8.2024]

Südekum, Jens / Rademacher, Philip, 2024, Regionale Disparitäten in der Transformation – Empirische Evidenz und Implikationen für die Regionalpolitik, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh

Thode, Eris, / Wink Roman, 2024, Entwicklung und Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarkts, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh